

LTW 3neu LTW-Programm - GERECHT

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: 1. Landtagswahlprogramm

1 2. GERECHT

2 Teilhabe und Gerechtigkeit / Um den gesellschaftlichen
3 Zusammenhalt zu fördern, wollen wir allen Menschen echte
4 Chancen geben

5 Alle Menschen sollen selbstbestimmt leben können. Diese Maxime leitet uns GRÜNE
6 auch in vielen lebenspraktischen Fragen und gibt uns den Kurs für die Gestaltung
7 der Zukunft vor: mehr Gerechtigkeit, mehr Entfaltungsmöglichkeiten, mehr
8 Geborgenheit im Zusammenleben. Wir treten dafür ein, dass kein Mensch z.B. auf
9 Grund von Einkommen, Herkunft, Religion, Behinderung, Geschlecht oder sexueller
10 Identität ausgegrenzt und allein gelassen wird. Grundlage dafür sind starke
11 öffentliche Institutionen in der Bildung, in der sozialen Hilfe und im
12 Gesundheitsbereich. Die Verwirklichung einer gerechten Gesellschaft braucht eine
13 menschnahe Finanzpolitik, eine Bildungspolitik, die Teilhabe für alle ermöglicht,
14 soziale Absicherung und förderliche Rahmenbedingungen für Familien. So wird unser
15 Wohlergehen gewährleistet und die Gesellschaft zusammengehalten. Ohne sozialen
16 Frieden kann es auch keine Sicherheit geben.

17 Kollidierender Änderungsantrag: [LTW 3.77: LTW-Programm - GERECHT](#)

18 Wir wollen den gesellschaftlichen Zusammenhalt in unserem Land stärken. Unser Ziel
19 ist es, Teilhabe und Selbstbestimmung zu verwirklichen. Chancengleichheit für alle
20 ist die Grundlage unserer Sozialpolitik für alle Generationen. Wir treten dafür
21 ein, dass kein Mensch auf Grund von Einkommen, Herkunft, Religion, Geschlecht oder
22 sexueller Identität ausgegrenzt und allein gelassen wird. Grundlage dafür sind
23 starke öffentliche Institutionen. Eine gerechte Gesellschaft, die Teilhabe für alle
24 ermöglicht, ist die Grundlage für den sozialen Frieden.

25 Familien stärken

26 Familie ist, wo Menschen Verantwortung füreinander übernehmen. Unsere Wertschätzung
27 und Unterstützung gilt allen partnerschaftlichen Beziehungen, ganz gleich ob Vater-
28 Mutter-Kind, Alleinerziehende, Patchwork- oder Regenbogenfamilien.

29 Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf steht im Zentrum unserer Familienpolitik.
30 Wir setzen uns für eine bessere und verlässliche Kinderbetreuung ein.

31 Die Situation von Alleinerziehenden werden wir verbessern und die gute
32 Zusammenarbeit mit dem Verband Alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV)
33 intensivieren.

34 Familienzentren ausbauen

35 Den Ausbau der Familienzentren wollen wir weiter vorantreiben. Unser Ziel ist ein
36 flächendeckendes Angebot. In Familienzentren erhalten Kinder, Eltern und Familien
37 Unterstützung, Beratung und Förderung. Gemeinsam mit Trägern und Kommunen werden
38 wir diese familienunterstützenden Angebote stärken und sie mit sozialräumlichen

- 39 Strukturen (z.B. Jugendhilfe, Schule etc.) verbinden und weiterentwickeln, denn:
 40 Für die Erziehung eines Kindes braucht es ein ganzes Dorf.
- 41 Kollidierender Änderungsantrag: [LTW 3.78: LTW-Programm - GERECHT](#)
- 42 Den Ausbau der Familienzentren wollen wir weiter vorantreiben. Unser Ziel ist ein
 43 flächendeckendes Angebot. In Familienzentren erhalten Kinder, Eltern und Familien
 44 unkompliziert Unterstützung, Beratung und Förderung. Gemeinsam mit Trägern und
 45 Kommunen werden wir diese familienunterstützenden Angebote stärken und sie mit
 46 sozialräumlichen Strukturen (z.B. Jugendhilfe, Schule etc.) verbinden und
 47 weiterentwickeln, denn: Für die Erziehung eines Kindes braucht es ein ganzes Dorf.
- 48 Zeit für die Familie haben
- 49 Wir werden uns für familienfreundliche, moderne und flexible Arbeitszeitmodelle und
 50 mehr zeitliche Selbstbestimmung für Familien einsetzen und diese Ziele auch im
 51 öffentlichen Dienst umsetzen. So können Frauen und Männer ihren Wunsch nach
 52 partnerschaftlicher Aufteilung von Familien- und Erwerbsarbeit leben, Kinder oder
 53 pflegebedürftige Angehörige versorgen.
- 54 Kinderrechte stärken – Kinder- und Jugendbeteiligung voranbringen
- 55 Wir sprechen uns für eine wachsende politische Beteiligung von Kindern und
 56 Jugendlichen und ihre frühe Einbindung in demokratische Entscheidungen aus.
- 57 Schleswig-Holstein ist Vorreiter bei der Verankerung von Kinder- und Jugendrechten.
 58 Doch für die Durchsetzung von Kinder- und Jugendrechten müssen Kinder und
 59 Jugendliche diese auch kennen. Wir werden die Förderung von Programmen zu diesem
 60 Zweck ausweiten, gerade in sensiblen Bereichen wie der Jugendhilfe. Zudem setzen
 61 uns dafür ein, dass Kinder- und Jugendrechte in Schulen stärker thematisiert werden
 62 – z.B. im Rahmen von Projektwochen. Wir setzen uns für Chancengleichheit, Teilhabe
 63 und Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen ein und wirken darauf hin, dass die
 64 Kommunen im Rahmen des Paragraphen 47f Gemeindeordnung die Beteiligung von Kindern
 65 und Jugendlichen umsetzen und neue Beteiligungsmodelle im Alltag der Kinder und
 66 Jugendlichen integrieren. Hierfür werden wir eine Informationskampagne mit Best-
 67 Practise-Beispielen starten.
- 68 Wir GRÜNE fordern ein Verbandsklagerecht für Kinder- und Jugendverbände.
- 69
- 70 Wir setzen uns auf Bundesebene für die Aufnahme von Kinderrechten in das
 71 Grundgesetz ein.
- 72 Frühe Hilfen: Kindeswohl und Kinderschutz sichern
- 73 Wir wollen, dass Kinder und Jugendliche gesund und gewaltfrei aufwachsen und die
 74 notwendige Förderung erhalten.
- 75 Wir fördern einen bedarfsgerechten Ausbau der frühen Hilfen, um Kindeswohl und
 76 Kindergesundheit zu schützen.
- 77 Wir sprechen uns klar gegen Kinderehen aus. Diese gefährden das Kindeswohl und sind
 78 mit den geltenden Gesetzen nicht vereinbar. Besonders im Hinblick auf verheiratete
 79 minderjährige Geflüchtete geht für uns Kinderschutz vor Toleranz. Kinderehen
 80 gehören grundsätzlich nicht anerkannt, erwachsene Ehemänner minderjähriger
 81 Ehefrauen dürfen das Sorgerecht für diese nicht bekommen.

82 Das Netzwerk von Familienhebammen wollen wir wie in Dänemark für die Betreuung im
 83 ersten Lebensjahr ausbauen und die wichtige Arbeit des Kinderschutzbundes und der
 84 Kinderschutzzentren weiterhin unterstützen.

85 Für Kinder und Jugendliche, die nicht in ihren Herkunftsfamilien aufwachsen können,
 86 gehen wir den Aufbau regionaler Ombudsstellen in erreichbarer Nähe an.

87 Kinder- und Jugendhilfe reformieren

88 In der Kinder- und Jugendhilfe setzen wir uns für bessere Rahmenbedingungen bei der
 89 Sozialraumorientierung ein.

90 Für uns ist die Kinder- und Jugendhilfe ein zentrales Unterstützungssystem, das
 91 Familien bei der Bewältigung von Krisen und schwierigen Lebenssituationen auf
 92 Augenhöhe beratend und unterstützend zur Seite steht. Wir sehen, dass in Schleswig-
 93 Holstein aktuell insbesondere im Bereich der Ehe-, Familien- und Lebensberatung,
 94 sowie der Erziehungsberatung ein Generationenwechsel stattfindet, der die bisherige
 95 Qualität und Versorgungsdichte gefährdet. Hier werden wir gemeinsam mit Trägern und
 96 Kommunen auf einen Erhalt hinwirken und einen Ausbau prüfen. Zudem werden wir uns
 97 dafür einsetzen, dass vom Landesjugendamt Fortbildungen für diesen Bereich
 98 angeboten werden.

99 Zum Wohl von minderjährigen Geflüchteten sowie Familien mit Kindern muss es bessere
 100 und präventive Konzepte der Jugendhilfe geben. Sie dürfen nicht durch alle
 101 rechtlichen und sozialen Netze fallen. Die Unterstützung endet nicht mit dem
 102 Erreichen der Volljährigkeit.

103 Jugendverbände und Jugendfreiwilligendienst unterstützen

104 Die Jugendverbände leisten wertvolle Arbeit für alle Jugendlichen. Die Arbeit des
 105 Landesjugendringes und die Träger der offenen Kinder- und Jugendarbeit werden wir
 106 weiter unterstützen.

107 Das „Freiwillige Soziale Jahr“ ist bei jungen Menschen sehr beliebt und erfährt
 108 hohe Akzeptanz. Die Förderung werden wir fortsetzen und prüfen, ob wir die
 109 Jugendfreiwilligendienste ausbauen können.

110 Kinderarmut bekämpfen

111 Viele Kinder in Schleswig-Holstein wachsen in Armut auf. Wir akzeptieren nicht,
 112 wenn Kinder aus finanziellen Gründen von sozialer und kultureller Teilhabe, Sport,
 113 Ferienangeboten, Klassenfahrten, Essen in Schulen sowie Kitas ausgeschlossen sind.

114 Unser Ziel ist die Bekämpfung der Kinderarmut. Auf Bundesebene wollen wir eine
 115 armutsfeste Kindergrundsicherung einführen.

116 Soziale Infrastruktur stärken

117 Unser GRÜNES Gesellschaftsbild ist geprägt von Chancengleichheit, Solidarität und
 118 Teilhabegerechtigkeit. Das Fundament für den gesellschaftlichen Zusammenhalt ist
 119 eine funktionierende soziale Infrastruktur und die Hilfe in allen Lebenslagen. Wir
 120 wollen nicht zulassen, dass die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter
 121 auseinanderklafft.

122 Besonders Altersarmut und Langzeitarbeitslosigkeit sind sozialer Sprengstoff.
 123 Ausreichend hohe Löhne und Gehälter sind die Basis für die Vermeidung von Armut.

- 124 Zur Bekämpfung der Altersarmut werden wir uns auf Bundesebene für eine armutsfeste
125 Garantierente einsetzen.
- 126 Die Sanktionen gegenüber Hartz IV-Bezieher*innen sind wirkungslos und
127 diskriminierend. Wir fordern deshalb auf Bundesebene ein Ende der Sanktionen und
128 eine Reform der Grundsicherung. Wir werden uns auf Bundesebene für ein
129 wissenschaftlich begleitetes Modellprojekt zum bedingungslosen Grundeinkommen
130 einsetzen.
- 131 Kollidierender Änderungsantrag: [LTW 3.127: LTW-Programm - GERECHT](#)
- 132 Die Sanktionen gegenüber Hartz IV-Bezieher*innen sind wirkungslos und
133 diskriminierend. Wir fordern deshalb auf Bundesebene die Abschaffung der Sanktionen
134 gegen Erwerbslose und eine Reform der Grundsicherung. Wir wollen ein Ende der
135 Praxis von Androhung und Bestrafung, die in vielen Job-Centern und Arbeitsagenturen
136 Realität ist. Stattdessen setzen wir auf Motivation, Anerkennung und Beratung auf
137 Augenhöhe. Wir werden uns auf Bundesebene für ein wissenschaftlich begleitetes
138 Modellprojekt zum bedingungslosen Grundeinkommen einsetzen.
- 139 Die sozialen Einrichtungen und Verbände sind ein unverzichtbarer Bestandteil der
140 sozialen Infrastruktur. Ihre Arbeit unterstützen wir weiterhin und wollen sie in
141 einem Landes-Wohlfahrtsgesetz absichern. Die gute Zusammenarbeit mit der
142 Bürgerbeauftragten für soziale Angelegenheiten und dem Beauftragten für Menschen
143 mit Behinderung setzen wir fort.
- 144 Nicht ohne uns über uns
- 145 Unser Ziel ist eine inklusive Gesellschaft, die Teilhaberechte von Menschen mit
146 Behinderung sichert.
- 147 Nicht ohne uns über uns". Das gilt für unsere GRÜNE Politik für Menschen mit
148 Behinderung. Deshalb wollen wir die Selbstorganisation und direkte Beteiligung von
149 Menschen mit Behinderung in den Kommunen und im Land stärken. Kommunale Beauftragte
150 oder Beiräte für Menschen mit Behinderung leisten hierfür einen wichtigen Beitrag .
151 Den Landesaktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention und das
152 Gesamtkonzept „Alle Inklusive“ wollen wir fortführen.
- 153
- 154 Das Budget für Arbeit wollen wir ausbauen.
- 155 Wir setzen uns für Hilfen aus einer Hand und transparente individuelle
156 Hilfeplanverfahren auf Grundlage einer bundesweit einheitlichen
157 Hilfebedarfserhebung ein. Ein "Leben Daheim anstatt im Heim" muss möglich sein.
- 158 Die sozialräumliche Ausgestaltung von Angeboten der Eingliederungshilfe sind
159 auszubauen. Wir unterstützen die Kreise und kreisfreien Städte bei der Entwicklung
160 von Konzepten, die den Trägern und Verbänden eine flexible Mittelverwendung z.B.
161 zur Schaffung Offener Treffs ermöglichen. So können Zugangsschwellen abgesenkt und
162 Angebote unbürokratisch wahrgenommen werden. Die Erfahrungen des Modellprojekts im
163 Kreis Nordfriesland und der Ambulanten Sozialpsychiatrie in Hamburg liefern
164 wichtige Grundlagen.
- 165 Auf Bundesebene setzen wir uns für ein modernes Bundesteilhabegesetz ein, um eine
166 selbstbestimmte Teilhabe für alle zu ermöglichen. Hierzu gehören für uns GRÜNE
167 einheitliche Qualitätsstandards, ein bedarfsdeckendes Teilhabegeld, die Abschaffung
168 des Mehrkostenvorbehalts und den Verzicht auf den Einsatz des Vermögens.

169 Bildungs- und Kulturangebote müssen der Inklusion gerecht werden. Wir werden uns
 170 stark machen, die Förderprogramme des Landes darauf auszurichten. Gemeinsame
 171 Angebote für Menschen mit und ohne Behinderung in den Bereichen Theater, Sport und
 172 Musik müssen selbstverständlich werden.

173 Selbstbestimmt Leben im Alter

174 Die Bedürfnisse der älteren Generation werden vielfältiger. Viele Ältere ziehen
 175 dauerhaft nach Schleswig-Holstein. Um allen ein selbstbestimmtes Leben zu
 176 ermöglichen, sollen auch bestehende Förderprogramme für den ländlichen Raum genutzt
 177 werden. Wir werden neue Formen des Zusammenlebens, z.B. im Rahmen von
 178 Genossenschaftsprojekten unterstützen. Menschen, die aus dem Erwerbsleben
 179 ausgeschieden sind, bereichern unsere Gesellschaft durch ehrenamtliches Engagement,
 180 Lebenserfahrung und unkonventionelle Ideen.

181 Dem demografischen Wandel und den Generationen gerecht werden

182 Der demografische Wandel ist eine Herausforderung für unsere Gesellschaft. Wir
 183 wollen in den kommenden Jahren die Weichen stellen, um Generationengerechtigkeit
 184 und Lebensqualität erhalten und sichern zu können. Wir wollen außerdem mit einer
 185 familienfreundlichen Politik und der Gestaltung der Einwanderung auf den
 186 demografischen Wandel reagieren.

187 So werden wir einen Masterplan Demografie auf den Weg bringen, der die Absicherung
 188 der Daseinsvorsorge und der sozialen Infrastruktur ins Zentrum stellt. Bei diesem
 189 Projekt soll die Sozialraumplanung berücksichtigt und ein „Demografie-Check“
 190 eingeführt werden. Schleswig-Holstein – für alle Generationen attraktiv machen!

191 EU Charta für Gleichberechtigung und Vielfalt umsetzen

192 Zu unserer Agenda gehört es, die Inhalte der EU-Charta für Gleichberechtigung und
 193 Vielfalt zu vermitteln und umzusetzen. Wir drängen auf die gleichberechtigte
 194 Teilhabe, Stärkung und Unterstützung von Frauen auf den Arbeitsmarkt durch
 195 wirkungsvolle Maßnahmen und Angebote.

196 Der Einsatz von Haushaltsmitteln hat eine geschlechterspezifische Wirkung bei
 197 Förderprojekten zu berücksichtigen. Dem wollen wir zukünftig verstärkt gerecht
 198 werden.

199

200 Wir wollen eine konsequente geschlechtergerechte Haushaltsführung (Gender
 201 Budgeting) umsetzen.

202 Zuflucht und Hilfe für Frauen und Mädchen vor Gewalt ermöglichen

203 Der Schutz vor Gewalt ist ein Menschenrecht. Die Prävention von Gewalt ist eine
 204 gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Für Frauen und Mädchen, die Opfer von Gewalt
 205 werden, ist eine gute Infrastruktur aus Frauenhäusern und Frauenberatungsstellen
 206 erforderlich.

207 Wir haben die Schließung von Frauenhäusern verhindert und den Neubau des
 208 Frauenhauses in Norderstedt unterstützt. Nachdrücklich geben wir den Kommunen bei
 209 Bauvorhaben und Renovierungen Rückendeckung. Wir werden die
 210 Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) der Frauenhäuser, das Mädchenhaus in Kiel und die
 211 LAG der Frauenberatungsstellen auch weiterhin unterstützen, bei den
 212 Landeszuschüssen steigende Tarifkosten berücksichtigen und Investitionsmaßnahmen
 213 zur Energieeffizienz von Frauenhäusern fördern. Wir werden die besondere Situation

214 der Mädchen und Frauen, die aus anderen Nationen zu uns geflohen sind, im Rahmen
 215 der Gewaltschutzkonzepte berücksichtigen.
 216

217 Wir werden einen Landesaktionsplan gegen sexuelle und häusliche Gewalt unter
 218 Beteiligung aller relevanten Ministerien auf den Weg bringen.

219 Dabei prüfen wir ein ehgattenunabhängiges Aufenthaltsrecht für Frauen, die von
 220 häuslicher Gewalt betroffen sind. Es ist unsere Aufgabe, verbindliche Schulungen
 221 zum Thema Gleichstellung und Frauenrechte für weibliche und männliche Flüchtlinge
 222 auf den Weg zu bringen.

223 Weiterhin setzen wir uns für die Bekämpfung des Frauenhandels ein und unterstützen
 224 die gute Arbeit der Beratungsstelle.

225 Gleichstellung auch in den Parlamenten voranbringen

226 Wir fordern ausreichende organisatorische und finanzielle Ressourcen für die
 227 Gleichstellungsbeauftragten und wollen den Frauenanteil in den Parlamenten erhöhen.
 228 Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist auf allen politischen Ebenen weiter
 229 voranzubringen und ein paritätisches Wahlrecht einzuführen.
 230

231 Wir wollen Mentoringprogramme und kommunalpolitische Netzwerke aufbauen und stärken
 232 sowie die institutionelle Unterstützung durch eine Koordinierungsstelle auf
 233 Landesebene schaffen. Ziel der kommunalpolitischen Netzwerke ist es, die
 234 Kompetenzen von bereits tätigen Kommunalpolitikerinnen parteiübergreifend zu
 235 bündeln und zu erweitern sowie politisch interessierten Frauen den Einstieg in die
 236 Politik zu erleichtern.

237 Wir fordern die Aufhebung des § 17 GStG vom 13. Dezember 1994 und eine grundlegende
 238 Überarbeitung des GStG in Angleichung an das Bundesgleichstellungsgesetz.

239 Kollidierender Änderungsantrag: [LTW 3.36: LTW-Programm - GERECHT](#)

240 Wir fordern ausreichende organisatorische und finanzielle Ressourcen für die
 241 Gleichstellungsbeauftragten und wollen den Frauenanteil in den Parlamenten erhöhen.
 242 Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist auf allen politischen Ebenen weiter
 243 voranzubringen und ein paritätisches Wahlrecht einzuführen.
 244

245 Mehr Frauen in MINT Berufe

246 Noch immer herrscht keine Chancengleichheit bezüglich der Berufswahl. So werden
 247 schon kleine Jungen mehr motiviert sich in den sogenannten MINT-Fächern
 248 (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik) zu profilieren als Mädchen.
 249 Andersherum wird den Jungen oft eine Kompetenz im sozialen Sektor abgesprochen. Das
 250 Problem zieht sich durch den gesamten Bildungssektor bis hin zu einer sehr geringen
 251 Anzahl Frauen in den MINT-Berufen.

252 In den MINT Fächern liegt der Anteil der weiblichen Studierenden bundesweit sowie
 253 in Schleswig-Holstein bei rund 20 %. Frauen studieren eher Pädagogik, Medizin und
 254 Sozialwissenschaften und Männer eher die MINT Fächer. Diese Tendenz ist in den
 255 Fachhochschulen noch ausgeprägter als in den Universitäten.

256 Nach dem Eintritt in das Berufsleben verringert sich leider der Anteil Frauen auf
 257 rund 15 %, welches unter anderem mit der Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu tun
 258 hat.

259 Dieses ist nicht nur ein Ungleichgewicht zwischen Männern und Frauen was die Art
260 der Tätigkeit angeht, sondern auch was das durchschnittliche Lohnniveau angeht, so
261 dass Frauen eher in den geringer bezahlten Berufen arbeiten als Männer. Der Equal-
262 Pay-Day mahnt uns jedes Jahr dieses Problem zu beachten.

263 Gleicher Lohn für gleichanspruchsvolle Arbeit und echte Möglichkeiten zur Teilzeit
264 wären Schritte zu mehr Chancengleichheit. Wir setzen uns ein für signifikante
265 Lohnsteigerungen in den sozialen und Pflegeberufen. Dieses hilft nicht nur Frauen
266 dabei für ihren Lebensunterhalt aufzukommen, sondern ermutigt auch mehr Männer,
267 sich solcher Berufe anzunehmen. Dieses kann langfristig zu mehr Gerechtigkeit und
268 Gleichverteilung führen.

269 Die Bemühungen der letzten Jahrzehnte, den Anteil der Frauen in den MINT Fächern zu
270 steigern haben erste Erfolge gezeigt und konnten den Frauenanteil steigern, jedoch
271 leider immer noch auf niedrigem Niveau. An dieser Stelle müssen existierende
272 Programme weiter gefördert werden und neue Programme geschaffen werden, die den
273 Trend verstärken. In die Lehreraus- und Fortbildung sollte eine Sensibilisierung
274 auf die Genderproblematik stärker einfließen. Außerdem wollen wir weiterhin den
275 Girl'sDay/ Boy's Day und die Arbeit der Organisationen, die sich mit frühkindlicher
276 Bildung in den MINT-Fächern schon ab der KiTa beschäftigen fördern.

277 Sich für ein MINT Fach zu entscheiden ist keine ad hoc Entscheidung einer Frau.
278 Erfahrungen zeigen, dass Frauen, die sich für ein MINT Fach entschieden haben,
279 schon sehr früh, also während der Kindheit, mit diesen Themen in Berührung gekommen
280 sind. Aus diesem Grunde ist es wichtig, vor alle Programme zu stärken und
281 aufzubauen, die in der Förderung und Forderung von jungen Mädchen liegen und dieses
282 bereits im Vorschulalter.

283 Kollidierender Änderungsantrag: [LTW 3.37: LTW-Programm - GERECHT](#)

284 Wir fordern ausreichende organisatorische und finanzielle Ressourcen für die
285 Gleichstellungsbeauftragten und wollen den Frauenanteil in den Parlamenten erhöhen.
286 Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist auf allen politischen Ebenen weiter
287 voranzubringen und ein paritätisches Wahlrecht einzuführen.

288

289 Frauen@Digital

290 Das Internet und die Digitalisierung verändern Berufsleben und private Zeit für
291 Männer und Frauen. Risiken und Chancen, die sich daraus ergeben, sind aber oft von
292 Frauen noch nicht erschöpfend erkannt und genutzt.

293 Die Digitalisierung und die neuen Medien bieten Chancen zur Vernetzung von Frauen.

294 Gerade die sozialen Netzwerke bieten eine gute Plattform für Frauenrechte aber auch
295 für viele andere Themen zu kämpfen.

296 Vernetzung von Frauen im Internet hinsichtlich berufliche Netzwerke und Austausch
297 von Erfahrungen und Hilfsangeboten findet bereits statt und sollte ausgeweitet
298 werden.

299 Erweiterte Möglichkeiten der Heimarbeit verbessert die Möglichkeit für Männer und
300 Frauen Familie und Beruf besser in Einklang zu bringen. Dabei sollte nicht außer
301 Acht gelassen werden, dass der Billiglohnsektor im Internet floriert.

302 Schon jetzt nutzen viele Frauen die Möglichkeit über digitale Start-Ups neue
303 Geschäftsfelder zu eröffnen und den Markt zu „erobern“. Wir wollen diese Frauen

304 fördern und ermuntern. Dabei ist allerdings zu beobachten, dass diese oft nur dem
 305 Nebenerwerb dienen bis beispielsweise Elternzeiten überbrückt sind.

306 Weiterbildungsmöglichkeiten und digitale Studienangebote, die Frauen ermöglichen,
 307 sich weiter unabhängiger von der Einbindung in Familie und Beruf zu machen wollen
 308 wir weiterhin unterstützen.

309 Digitalen Jobbörsen für Frauen und berufliche Frauennetzwerke unterstützen wir.

310 Die Risiken liegen hauptsächlich im Bereich der Anonymität des Internets. So wird
 311 Sexismus eher geduldet und leider haben Frauenhandel und digitale Prostitution auch
 312 hier ein Portal gefunden, ohne dass eine hinreichende rechtsstaatliche Verfolgung
 313 stattfinden kann

314 Als Maßnahmen fordern wir die Verstärkung von anonymen Frauenberatungen zur
 315 sexualisierten Ausnutzung und Unterdrückung von Frauen im Internet, z.B. Förderung
 316 von geschlossenen Frauengruppen in den „sozialen Medien“

317 Wir fordern eine klare staatliche Positionierung zur sexualisierten Gewalt gegen
 318 Frauen im Internet, um Vorstöße / Anträge zur rechtsstaatlichen Verfolgung zu
 319 ermöglichen.

320 Das Ehrenamt würdigen und belohnen

321 Schleswig-Holstein ist das Land der helfenden Hände. Dies ist nicht erst durch die
 322 starke Zuwanderung Ende 2015 klar geworden. Das Ehrenamt stützt den
 323 gesellschaftlichen Zusammenhalt. Ob in der Kommunalpolitik, beim Bürgerbus, im
 324 Natur- und Tierschutz, bei der Freiwilligen Feuerwehr oder in zahllosen Vereinen –
 325 viele Menschen, darunter auch Neuzugewanderte, packen im Land freiwillig an und
 326 füllen manche Lücke in der Versorgung. Wir GRÜNE machen uns für die Belange der
 327 Ehrenamtlichen stark.

328 Wir wollen die Ehrenamtskarte, deren Angebote die Küstenkoalition ausgeweitet hat,
 329 bekannter machen, damit viele Menschen im Land davon profitieren können. Die Karte
 330 ist ein Zeichen des Dankes an alle Ehrenamtler*innen. Sie ermöglicht zahlreiche
 331 Vergünstigungen, etwa bei Theatern, in Restaurants oder Museen. Wir wollen den
 332 Zugang vereinfachen und die Angebote auch außerhalb der Kiel Region ausbauen.

333 Die freiwillige Arbeit junger Menschen gilt es zu honorieren, wo wir es können, und
 334 dafür zu werben, dass ehrenamtliches Engagement zum Beispiel bei der Vergabe von
 335 Ausbildungs- oder Studienplätzen berücksichtigt wird.

336 Auch in der Schule muss ehrenamtliches Engagement gefördert werden. Die Schulen
 337 sind zu ermuntern, den Schüler*innen die Möglichkeiten und Vorteile eines
 338 Ehrenamtes näher zu bringen und in Projekttag und -wochen zu integrieren.

339 Hauptamt braucht Ehrenamt und umgekehrt. Wir wünschen uns eine Begegnung von Haupt-
 340 und Ehrenamt auf Augenhöhe und in gegenseitigem Respekt. Zentrale hauptamtliche
 341 Koordinierungsstellen werden gefördert, um diese Art der Begegnung auf kommunaler
 342 Ebene zu unterstützen und zu ermöglichen.

343 Die Arbeit der Freiwilligen braucht auch professionelle Unterstützung. Angebote zur
 344 Fortbildung, Beratung und Supervision sind zu fördern. Wer unbezahlt für die
 345 Gesellschaft arbeitet, soll nicht noch selbst für Fortbildung, Fahrtkosten etc.
 346 aufkommen müssen.

347 Darüber hinaus werden wir auf Bundesebene prüfen, ob durch ehrenamtliche Tätigkeit
348 auch zusätzliche Rentenpunkte zu erwerben sind.

349 Neue Arbeitswelt

350

351 Wir haben den Wandel in unsere Arbeitswelt erkannt und sehen für die Zukunft die
352 Notwendigkeit der strukturellen und rechtlichen Veränderungen in dieser. Wir wollen
353 die Chancen ergreifen und mit neuen Denkansätzen die Arbeitswelt 4.0 mit gestalten.
354 Dabei stellen wir uns vor allem den notwendigen sozialen Brückenbau, den diese
355 Neugestaltung mit sich bringen wird. Wir erkennen schon heute die Notwendigkeiten,
356 den dieser tiefgreifende gesellschaftlichen Wandel mit sich bringen wird, und
357 wollen diese mitgestalten.

358 Soziales@Digital

359 Die Digitalisierung eröffnet neue Chance für die Vereinbarkeit von Familie und
360 Beruf. Wenn Unternehmen und öffentliche Einrichtungen ihren Mitarbeiter*innen
361 erlauben, einen Teil der Arbeit außerhalb des Betriebs zu verrichten, erhöhen wir
362 die Flexibilität für eine bessere Life-Balance.

363 Eine möglichst umfassende Barrierefreiheit muss selbstverständlich für öffentliche,
364 privat-wirtschaftliche und private Angebote im Internet werden.

365 Auf den Punkt

- 366 • Wir werden Alleinerziehende besser unterstützen, Kinderrechte stärken und
367 Kinderarmut bekämpfen,
- 368 • Frühe Hilfen ausbauen, Familienhebammen und Familienzentren fördern,
- 369 • Inklusion von Menschen mit Behinderung weiter voranbringen und
370 Barrierefreiheit verbessern,
- 371 • ein selbstbestimmtes Leben für Senioren unterstützen und einen Masterplan
372 Demografie aufstellen,
- 373 • Frauenhäuser und –beratungsstellen, Kinderschutzzentren und das Mädchenhaus
374 fördern,
- 375 • die EU-Charta für Gleichberechtigung und Vielfalt auf den Weg bringen,
- 376 • die Gleichstellung von Frauen und Männern auf allen politischen Ebenen weiter
377 entwickeln und ein paritätisches Wahlrecht einführen,
- 378 • ehrenamtliches Engagement unterstützen und honorieren.

379 Bezahlbarer Wohnraum / In gemeinsamer Verantwortung Wohnraum
380 planen, klimafreundlich und zum Wohl Aller bauen

381 Stark gestiegene Mieten und Immobilienpreise haben dazu geführt, dass es für
382 Menschen mit kleinen Einkommen und junge Familien schwerer wird im Hamburger Rand
383 und in den kreisfreien Städten bezahlbaren Wohnraum zu finden. Wohnen ist ein
384 Grundbedürfnis. Deswegen fördern wir als Land den sozialen Wohnungsbau und erwarten
385 vom Bund, dass er sich an einem bedarfsgerechten Ausbau angemessen beteiligt.

386

387 Menschen ohne ausreichende Bonität werden auch bei sozialen Wohnungsbauunternehmen
388 häufig als Mieter*innen abgelehnt und werden so oft in die Obdachlosigkeit
389 getrieben. Wir wollen die Einrichtung eines Fonds prüfen, mit dessen Hilfe
390 gegenüber Vermieter*innen die notwendige Bürgschaft erbracht werden kann.

391 In den Kommunen soll sozialer Wohnungsbau zu einer zentralen Aufgabe werden

392 Wir brauchen geförderten sozialen Wohnungsbau. Die Kommunen spielen hierbei eine
393 tragende Rolle. In ihren Händen liegt die Bauleitplanung, sie sind mit den
394 Bedürfnissen der Menschen vertraut. Deshalb wollen wir die Kommunen bestärken,
395 Wohnraumplanung zur Chef*innensache in den Rathäusern zu machen. Dabei hilft ein
396 enger Austausch mit der Landesregierung und der I-Bank. Hier wollen wir für mehr
397 Beratung und Unterstützung sorgen.

398 Neue Wege zu günstigen Baugrundstücken ebnen

399 Ein großes Problem für die Schaffung bezahlbarer Wohnungen sind die hohen
400 Grundstückspreise im Hamburger Rand, auf den Inseln und in etlichen Städten.
401 Bauland wird oftmals im Höchstpreisverfahren vergeben. Wir begrüßen die
402 vorbildlichen Ansätze in Lübeck (Verbilligungsrichtlinie, Preisrabatt für
403 städtische Grundstücke) und Norderstedt (Drittelmix: sozialer Wohnungsbau,
404 Eigentumswohnung und Mietwohnung zu gleichen Teilen). Die Konzeptvergabe in Hamburg
405 führt dazu, dass Flächen nur an Investor*innen vergeben werden, deren Bauvorhaben
406 sozial überzeugen. Für diese Beispiele werben wir.

407 Integrierte Stadtentwicklungskonzepte helfen planen

408 Neubau und Verdichtung führt auch zur Versiegelung von Flächen, steht in Konkurrenz
409 zum Umweltschutz und geht oft zu Lasten von Stadtgrün. Um den Flächenverbrauch
410 möglichst klein zu halten, setzen wir bei der Schaffung neuen Wohnraums nicht
411 allein auf Neubau, sondern auch auf Modernisierung, Bestandsverdichtung,
412 Aktivierung von Leerständen, Geschossaufstockung, Wohnungstausch und Initiativen
413 wie "Wohnen für Hilfe". Ein Baulückenkataster sollte in jeder größeren Gemeinde
414 angelegt werden.

415 In der Regel entsteht durch mehr Wohnungen auch mehr Verkehr. Deswegen werden wir
416 integrierte Stadtentwicklungskonzepte fördern, die den ÖPNV einbeziehen und die
417 verschiedenen Nutzungskonflikte in fairen Ausgleich bringen. Die Interessen aller
418 Menschen, besonders von Kindern, sind zu berücksichtigen. Engagierte und
419 rechtzeitige Bürgerbeteiligung ist Voraussetzung für die Akzeptanz von
420 Baumaßnahmen.

421 Eine Absenkung der Standards darf nicht zu kurzlebiger Bausubstanz führen. Wir
422 müssen verantwortungsvoll mit unseren Ressourcen umgehen und – nicht zuletzt
423 angesichts der älter werdenden Gesellschaft – mehr barrierefreie Wohnungen
424 schaffen. Es reicht nicht, günstig zu bauen, wir müssen auch auf eine gelungene
425 Quartiersentwicklung achten. Soziale Nachhaltigkeit verhindert zudem die
426 Entwicklung sozialer Brennpunkte. Wir GRÜNE setzen uns für eine inklusive und
427 vielfältige Gesellschaft ein, in der jeder mit jedem Nachbar sein kann.

428 Dem gemeinwohlorientierten Bauen gehört die Zukunft

429 Gerade genossenschaftliches Bauen, gemeinwohlorientierte Wohnungswirtschaft und
430 insbesondere Baugemeinschaften setzen auf Gemeinschaft und können mit ihren

431 innovativen Konzepten Impulse für eine soziale Stadtentwicklung geben. Ihre
 432 Projekte, die oftmals auch Mobilität und Energieversorgung vernetzen, sind
 433 zukunftsweisend. Baugemeinschaften haben unsere besondere Unterstützung.

434 Zur Unterstützung von Baugemeinschaften wollen wir – wie in Hamburg – eine zentrale
 435 Beratungs- und Vernetzungsstelle im Land aufbauen. Es ist zu prüfen, wie
 436 nachhaltige und gemeinwohlorientierte Projekte bei dringendem Bedarf und
 437 langjähriger Mietpreisbindung durch Zuschüsse unterstützt werden können, zusätzlich
 438 zu den bestehenden Förderprogrammen.

439 Wir begrüßen es, wenn Kommunen Wohnungsbaugesellschaften aufbauen.

440 Auf den Punkt

- 441 • Wir werden Kommunen für ihre Wohnraumplanung professionelle Beratung
 442 anbieten,
- 443 • dafür werben, dass Kommunen Baugrundstücke für gemeinwohlorientierte Projekte
 444 günstiger abgeben – wie etwa in Lübeck und Norderstedt,
- 445 • Städtebaumittel für integrierte Stadtentwicklungskonzepte einsetzen.

446 Gesundheit und Pflege / Wir brauchen regionale

447 Gesundheitszentren und neue Modelle für eine gute Versorgung

448 Gesundheit und Pflege gehören zu den Schlüsselthemen unseres Landes. Einen
 449 gleichberechtigten Zugang zu Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen sicherzustellen,
 450 ist ein zentrales Anliegen grüner Politik.

451 Gleichzeitig ist der Gesundheitssektor einschließlich Pflege, Medizintechnik,
 452 Wellness- und Reha-Einrichtungen der größte Wirtschaftszweig in Schleswig-Holstein
 453 und stellt mit etwa 200.000 Beschäftigten jeden fünften Arbeitsplatz. Wir sehen
 454 einen gut aufgestellten Gesundheitssektor als große Chance für die weitere
 455 Entwicklung unseres Landes an. Von entscheidender Bedeutung ist es, den Bedarf an
 456 Ärzt*innen und Pflegekräften für die Versorgung der Bevölkerung zu sichern.

457 Prävention und Gesundheitsaufklärung unterstützen

458 Prävention ist das beste Mittel gegen Erkrankungen. Hierzu gehören Konzepte zur
 459 Vermeidung chronischer Erkrankungen, wie etwa Diabetes mellitus durch gesunde
 460 Ernährung und ausreichende Bewegung sowie ein konsequenter Nichtraucherchutz. Wir
 461 unterstützen Projekte für eine wirksamere Gesundheitsaufklärung.
 462 Sexuelle Gesundheit ist wichtig für alle Menschen. Daher setzen wir uns für die
 463 Stärkung von Beratungs- und Präventionseinrichtungen z.B. "AIDS-Hilfen" und "pro
 464 familia" ein.

465 Kollidierender Änderungsantrag: [LTW 3.148: LTW-Programm - GERECHT](#)

466 Prävention ist das beste Mittel gegen Erkrankungen. Hierzu gehören Konzepte zur
 467 Vermeidung chronischer Erkrankungen, wie etwa Diabetes mellitus durch gesunde
 468 Ernährung und ausreichende Bewegung sowie ein konsequenter Nichtraucherchutz. Wir
 469 unterstützen Projekte für eine wirksamere Gesundheitsaufklärung.
 470 Unsere vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den AIDS-Hilfen wollen wir fortsetzen und
 471 weiter ausbauen.

472 Kollidierender Änderungsantrag: [LTW 3.120: LTW-Programm - GERECHT](#)

473 Die Prävention im Gesundheitswesen wollen wir ausbauen. Hierzu gehören Konzepte zur
474 Vermeidung chronischer Erkrankungen, wie etwa Diabetes mellitus. Wir setzen uns auch
475 weiterhin für einen konsequenten Nichtraucherschutz ein. Die Gesundheitsinitiative
476 Schleswig-Holstein wollen wir fortsetzen und weiter entwickeln.

477 Medizinische Versorgung im ländlichen Raum verbessern

478 Die Sicherung der medizinischen Versorgung im ländlichen Raum ist eine der
479 entscheidenden Aufgaben in den nächsten Jahren, besonders in einem Flächenland mit
480 Inseln und Halligen. Die ambulante und stationäre Versorgung muss verzahnt und die
481 sektorenübergreifende medizinische Versorgung verbessert werden.

482 Erfolgreich haben wir uns für die Realisierung des Zukunftsmodells Brunsbüttel
483 eingesetzt, wo bundesweit erstmalig ambulante und stationäre Gesundheitsversorgung
484 unter einem Dach konzeptionell zusammengefügt und angeboten werden. Wir werden die
485 Umsetzung begleiten und überprüfen, wie sich dieses Modell auf andere Regionen
486 übertragen lässt, damit die medizinische Versorgung im ländlichen Raum
487 gewährleistet ist.

488 Um die Planung zu verbessern, werden wir regionale Gesundheitskonferenzen unter
489 Beteiligung von Patient*innen, Gesundheitsämtern, Krankenhäusern, niedergelassenen
490 Ärzt*innen, Vertreter*innen aller Gesundheitsberufe sowie der Kommunalpolitik
491 einrichten. Die Umsetzung könnte durch eine Landesgesellschaft erfolgen, die
492 Ergebnisse der regionalen Konferenzen auswertet, die Umsetzung begleitet und in
493 einem transparenten Verfahren die Bürger*innen über die eingeleiteten Schritte
494 informiert.

495 Kommunale Gesundheitszentren, medizinische Versorgungszentren und Zweigpraxen sind
496 weitere Bausteine zur Sicherung der medizinischen Versorgung im ländlichen Raum.

497 Wir unterstützen die Übertragung ärztlicher Aufgaben und den Einsatz von
498 Gemeindeschwestern und -pflegern.

499 Besonders für den ländlichen Raum bietet der Ausbau der ergänzenden Telemedizin
500 Potenzial.

501 Bessere Hygiene - Krankenhausinfektionen vermeiden

502 Unser Ziel ist die Vermeidung von Krankenhausinfektionen. Wir wollen dafür sorgen,
503 dass Schleswig-Holstein bei dieser Frage eine Vorreiterrolle einnimmt.

504 So unterstützen wir den Bau einer spezialisierten Infektionsstation nach
505 niederländischem Modell in einem Schleswig-Holsteinischen Krankenhaus. Dieses
506 Modell werden wir wissenschaftlich begleiten und bei Erfolg ausbauen. Zu verbessern
507 ist der Personalschlüssel insbesondere auf den Intensivstationen, die
508 Hygienestandards sind fortlaufend zu erneuern. Wir werden uns dafür einsetzen, dass
509 der Bund entsprechende Maßnahmen unterstützt.

510 Mit einem Landeskrankenhausgesetz Bau und Finanzierung regeln

511 Wir verfolgen das Ziel, alle gesetzlichen Regelungen zur Planung und Finanzierung
512 der Krankenhäuser in einem Landeskrankenhausgesetz zusammenzufassen.

513 Investitionen in den Krankenhausbau werden wir bedarfsgerecht umzusetzen. Der Abbau
514 des Sanierungsstaus in den Krankenhäusern ist ein Schwerpunkt bei der Sicherung der

515 sozialen Infrastruktur. Den eingeschlagenen Weg werden wir weiter verfolgen, um die
 516 Versorgung überall in Schleswig-Holstein zu sichern.

517 Auf Bundesebene setzen wir uns weiterhin für einen bundesweit einheitlichen
 518 Basisfallwert ein, um eine gerechte und angemessene Finanzierung der
 519 Krankenhausbehandlung in Schleswig-Holstein zu erreichen.

520 Die Medizin braucht mehr Nachwuchs

521 Bei uns im Land werden in den nächsten 10 bis 15 Jahren viele Hausärzt*innen in den
 522 Ruhestand gehen. Gleichzeitig steigt dann der Bedarf an Versorgungsleistung – vor
 523 allem im ländlichen Raum. Vor diesem Hintergrund werden – bundesweit – zu wenig
 524 Mediziner*innen an den Hochschulen ausgebildet. Mit der medizinischen Fakultät an
 525 der Christian-Albrechts-Universität in Kiel und der Universität zu Lübeck haben wir
 526 zwei exzellente Hochschulen zur Mediziner Ausbildung.

527 Wir haben den Bau unseres Universitätsklinikums UKSH erfolgreich auf den Weg
 528 gebracht. Das UKSH ist als einziges Krankenhaus der Maximalversorgung ein
 529 entscheidender Bestandteil der medizinischen Infrastruktur. Die Umsetzung des Bau-
 530 Masterplans darf nicht zulasten der Patienten oder des Personals gehen.

531 Unser Ziel ist es, gemeinsam mit den anderen Bundesländern durch einen
 532 "Hochschulpakt Medizin" bundesweit 1000 neue Medizinstudienplätze zu schaffen.

533 Pflege geht Alle an

534 Der überwiegende Anteil der Pflegebedürftigen möchte so lange wie möglich zu Hause
 535 versorgt werden. Um das zu ermöglichen, müssen auch die Pflegenden – in der
 536 Mehrzahl Frauen – entlastet werden.

537 Das Schleswig-Holsteinische Geriatrie-Konzept (Altersmedizin) gilt es
 538 fortzuschreiben. In der Pflege werden wir kommunale Modellprojekte auflegen,
 539 wissenschaftlich auswerten und bei Erfolg landesweit umsetzen.

540 Wir GRÜNE setzen uns für einheitliche Standards bei der Personalbemessung in der
 541 Pflege und eine konsequente Umsetzung des Arbeitsschutzes für Pflegekräfte ein. Die
 542 Voraussetzungen wollen wir gemeinsam mit den Pflegekräften verbessern. Hierzu
 543 gehört auch, die erforderlichen Ausbildungskapazitäten vorzuhalten.

544 Palliativversorgung und Hospize

545 Wir wollen das Angebot im Bereich der ambulanten und stationären Versorgung mit
 546 Palliativmedizin und Hospizen weiter ausbauen.

547 Geburtshilfe sicherstellen und Hebammen unterstützen

548 Zur Sicherung der Versorgung mit Geburtshilfe und Hebammen soll die Anzahl der
 549 Ausbildungsplätze für Hebammen bedarfsgerecht ausgebaut werden. Gemeinsam mit den
 550 Kommunen wollen wir Verantwortung für die Sicherung der Haftpflichtprämien
 551 übernehmen und in jedem Kreis und jeder kreisfreien Stadt eine für Geburtshilfe
 552 zuständige Hebamme einsetzen. Zur Versorgung der Inseln und Halligen sowie anderer
 553 strukturschwacher Gegenden setzen wir uns weiterhin für eine externe Begleitung bei
 554 der Koordinierung ein.

555 Tageskliniken für psychisch Kranke ausbauen

556 Unseren erfolgreichen Einsatz für den bedarfsgerechten Ausbau psychiatrischer und
 557 psychosomatischer Tageskliniken werden wir konsequent fortsetzen. Wir unterstützen
 558 die gemeinsame Koordinierung ambulanter, (teil)stationärer und tagesklinischer

- 559 Behandlungsformen.
- 560 Außerdem wollen wir zusätzliche Traumatherapieangebote für Geflüchtete fördern.
- 561 Demenzerkrankungen nehmen aufgrund der demografischen Entwicklung immer mehr zu.
- 562 Den Demenzplan Schleswig-Holstein entwickeln wir weiter.
- 563 Gesundheitsversorgung für Geflüchtete sicherstellen
- 564 Zur Eingliederung der Asylsuchenden in das Gesundheitssystem ist uns mit der
- 565 landesweiten Einführung der Gesundheitskarte ein erster Schritt gelungen. Ergänzt
- 566 werden muss dieses System um einen verlässlichen Dolmetscherpool für Arztbesuche
- 567 und ärztliche Aufklärungsgespräche, sofern Bedarf besteht. Außerdem wollen wir in
- 568 Schleswig-Holstein ein Modell für die Gesundheitsversorgung von Menschen ohne
- 569 Papiere entwickeln. Besonderes Augenmerk richten wir auf traumatisierte
- 570 Geflüchtete. Die von uns veranlasste Aufstockung der Mittel ist weiterzuführen und
- 571 dem kommenden Bedarf anzupassen. Auch hier sind Übersetzerpools für Therapie- und
- 572 Beratungsgespräche mit zu bedenken. Fortbildung von und Supervision für Menschen,
- 573 die Traumatisierte in Unterkünften begleiten und betreuen wollen wir fördern. Das
- 574 Ziel lautet die gleiche Gesundheitsversorgung aller hier lebenden Menschen
- 575 Kollidierender Änderungsantrag: [LTW 3.126: LTW-Programm - GERECHT](#)
- 576 Zur Eingliederung der Asylsuchenden in das Gesundheitssystem ist uns mit der
- 577 landesweiten Einführung der Gesundheitskarte ein wichtiger Schritt gelungen. Wir
- 578 wollen nun in Schleswig-Holstein ein Modell für die Gesundheitsversorgung von
- 579 Menschen ohne Papiere entwickeln. Besonderes Augenmerk richten wir auf
- 580 traumatisierte Geflüchtete.
- 581 Unabhängige Patientenberatung wieder gewährleisten
- 582 Wir bedauern, dass die unabhängige Patientenberatung nach einer Fehlentscheidung
- 583 der Bundesregierung nicht mehr ausreichend im Land präsent ist und werden
- 584 versuchen, diese Fehlentwicklung auf Bundesebene rückgängig zu machen.
- 585 Gesundheit@Digital
- 586 Die Digitalisierung im Gesundheitswesen und der Ausbau der Telemedizin bieten große
- 587 Chancen für die Sicherung der medizinischen Versorgung. Gerade angesichts der
- 588 Sensibilität der Daten und heute oftmals unsicherer Übertragungswege sind auch hier
- 589 gute Datenschutzstandards von zentraler Bedeutung.

590 Auf den Punkt

- 591 • Wir werden Menschen, die pflegebedürftige Familienangehörige zu Hause pflegen
- 592 durch entlastende Programme besser unterstützen,
- 593 • Wir werden die Prävention von Erkrankungen fördern,
- 594 • die medizinische Versorgung im ländlichen Raum sichern,
- 595 • den Investitionsstau bei den Krankenhäusern weiter abbauen,
- 596 • für alle Pflegebedürftigen Qualität in der Pflege hoch halten,
- 597 • die Angebote für Menschen mit psychischen Erkrankungen und Demenz sowie der
- 598 Hospiz- und Palliativmedizin weiter ausbauen,
- 599 • Traumatherapien für Geflüchtete fördern,
- 600 • Modellprojekte begleiten, die ambulante und stationäre Gesundheitsversorgung
- 601 vor allem im ländlichen Raum zusammenwirken lassen,
- 602 • die Einrichtung einer Landesgesellschaft zur Umsetzung innovativer Konzepte
- 603 prüfen,
- 604 • den Ausbau der Telemedizin unterstützen.

605 Kita / Plietsch – Bildungsgerechtigkeit für alle Kinder schon
 606 von der Kita an. Mit mehr Qualität und Unterstützung der
 607 Eltern

608 Überschrift streichen und NEU: Kita - Bildungsgerechtigkeit für alle Kinder von
 609 Anfang an

610 Die Brücken in eine offene Gesellschaft werden in Kitas und Schulen gebaut. Für
 611 eine gelungene Inklusion und Integration liegt hier der Schlüssel. Dabei kommt es
 612 vor allem auf Qualität an – bei Ausstattung, bedarfsgerechten Öffnungszeiten,
 613 Ausbildung und Personal. Kitas sollen Orte der Geborgenheit und des Lernens sein –
 614 und die Kinderstube der Demokratie.

615 Kaum ein Bereich ist so im Wandel wie die Angebote für kleine Kinder. Seit 2013
 616 haben Kinder ab dem ersten Geburtstag bundesweit einen Rechtsanspruch auf einen
 617 Betreuungsplatz. Bei Platzangebot und Betreuungsschlüssel stehen wir im Norden gut
 618 da. Das Land hat seit 2012 die Mittel für die Kitafinanzierung von 100 auf 200
 619 Millionen Euro jährlich verdoppelt. Das ist deutlich mehr, als wir vor der letzten
 620 Landtagswahl versprochen hatten.

621 Mehr Qualität in der Kita

622 Krippen und Kitas halten vielen Familien den Rücken frei. Hier ist Platz zum
 623 Lernen, um Freundschaften zu schließen und Fragen zu stellen – für Kinder, aber
 624 auch die Eltern. Nicht zuletzt wollen wir die Rolle der Elternvertretungen stärken,
 625 diese institutionalisieren und mit mehr Mitteln ausstatten.

626 Qualität der Kinderbetreuung ist uns wichtig. Schleswig-Holstein liegt bei den
 627 Kitas im bundesweiten Durchschnitt, viele arbeiten schon heute auf höchstem Niveau.
 628 Wir wollen aber gemeinsam mit den Akteur*innen landesweit einen Orientierungsrahmen
 629 für gute fachliche Praxis erarbeiten und diesen mit den Fortbildungsangeboten
 630 verbinden.

631 Inklusive Angebote sollen schrittweise ausgebaut werden, die Sprachförderung
 632 intensiviert, der Übergang von der Kita in die Grundschule systematisiert und auch
 633 die Arbeit der Familienzentren gestärkt werden, die wir seit 2014 mit 2,5 Millionen
 634 Euro jährlich unterstützen.

635 Tagesmütter und -väter bleiben wichtig für Familien mit kleinen Kindern. Sie sollen
 636 an den neuen Maßnahmen für Fachberatung und Qualitätsentwicklung teilnehmen und
 637 sich vernetzen können. Eltern, die ihre Kinder von Tagesmüttern oder -vätern
 638 betreuen lassen, sollen keinen Nachteil haben, wenn Ihr Kind mit drei Jahren einen
 639 Kitaplatz benötigt.

640 Familiengerechtigkeit, eine transparente und gerechte Kitafinanzierung

641 Kinderbetreuung ist aus dem Lebensalltag junger Familien nicht mehr wegzudenken.
 642 Für den weiteren Ausbau der Kinderbetreuung müssen der zeitliche Bedarf sowie die
 643 finanzielle und soziale Situation der Familien noch stärker berücksichtigt werden.
 644 Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Ausbildung sowie Weiterbildung oder Pflege
 645 wollen wir weiter verbessern.

646 Eltern müssen trotz aller Anstrengungen im Bundesvergleich bei uns durchschnittlich
 647 am meisten zahlen. Das geht von geringen Gebühren wie in Neumünster hin zu kaum
 648 noch tragbaren Elternbeiträgen im Hamburger Rand. Gemeinsam mit Kreisen und
 649 Kommunen wollen wir familiengerechte Lösungen finden, wie z.B.
 650 Geschwisterermäßigungen und Beitragsstaffelungen.

651 Kitagebühren lehnen wir im Grundsatz ab. Ein bedarfsgerechtes Angebot und hohe
 652 Qualität haben für uns Priorität. Mittelfristig bleibt die Beitragsfreiheit unser
 653 Ziel, so wie es bei Schulen und Universitäten schon der Fall ist. Allerdings haben
 654 wir erste Schritte getan, um Familien zu entlasten: So wird 2017 erfreulicherweise
 655 das Krippengeld eingeführt, das Eltern von Krippenkindern mit 100 Euro pro Monat
 656 entlastet und weiter ausgebaut wird. Außerdem haben wir Familien im Bezug von
 657 Transferhilfe per Kitagesetz 2013 komplett von Kita-Gebühren freigestellt.

658 Kollidierender Änderungsantrag: [LTW 3.61: LTW-Programm - GERECHT](#)

659 Kitagebühren lehnen wir im Grundsatz ab. Zu Gunsten eines bedarfsgerechten Angebots
 660 und einer hohen Qualität werden wir das Thema Beitragsfreiheit in den nächsten
 661 Jahren leider nicht angehen können. Allerdings haben wir erste Schritte getan, um
 662 Familien zu entlasten: So wird 2017 das Krippengeld eingeführt, das Eltern von
 663 Krippenkindern mit 100 Euro pro Monat entlastet. Außerdem haben wir Familien im
 664 Bezug von Transferhilfe per Kitagesetz 2013 komplett von Kita-Gebühren
 665 freigestellt.

666 Die Zunahme an Ganztags- und Krippenplätzen, Tarifsteigerungen und erhöhte
 667 Bildungsstandards bringen Kommunen teilweise an den Rand der Handlungsfähigkeit.
 668 Wir wollen die Kommunen bei diesen Aufgaben finanziell noch stärker unterstützen.
 669 Dies werden wir mit mehr Transparenz in der Finanzierung verbinden. Die
 670 Kitafinanzierung muss für alle nachvollziehbar sein.

671 Fachkräftemangel in Kitas entgegen wirken, Berufseinstieg attraktiver machen

672 Viele qualifizierte Absolvent*innen unserer Beruflichen Schulen arbeiten im
 673 Anschluss an eine zwei- bis fünfjährige Schulzeit mit Praktika nicht in Kitas,
 674 obwohl qualifiziertes Personal händeringend gesucht wird. Darum wollen wir zum
 675 einen die Anerkennung von beruflichen Erfahrungen erleichtern – andererseits
 676 Maßnahmen entwickeln, die den Berufseinstieg einfacher und attraktiver gestalten
 677 und den Einstieg in eine duale Ausbildung prüfen.

678 Auf den Punkt

- 679 • Wir werden noch mehr in Kita-Qualität investieren,
- 680 • eine einfache und verlässliche Kita-Finanzierung mit Kreisen und Kommunen
 681 erreichen, die Kommunen wieder Spielräume gibt,
- 682 • uns für mehr Beitragsgerechtigkeit einsetzen,
- 683 • den Berufseinstieg für junge Menschen attraktiver machen.

684 Schulen / Leben, lernen, entdecken: Unsere Schulen sollen sich
 685 in Ruhe entwickeln können, zum Besten für Schüler*innen und
 686 Lehrkräfte

687 Wir wollen, dass nicht in erster Linie Fächer sondern junge Menschen unterrichtet
 688 werden. Uns ist wichtig, dass Kinder die Welt des Wissens entdecken, sie lernen,
 689 worauf sie stolz sein können und erfahren, wobei sie sich anstrengen müssen. Guter
 690 Fachunterricht, individuelle Förderung, ein wertschätzender Umgang – das haben
 691 unsere Schüler*innen verdient. Wir streben eine ganzheitliche Bildung an und wollen
 692 den Kindern gutes Rüstzeug mitgeben: Ausbildungsreife und Lebenspraxis.

693 Wir werden ein allgemeines Förderprogramm für die Sanierung und Modernisierung der
 694 kommunalen Schulgebäude aufsetzen und mit Priorität finanzieren.

695 100 Prozent Unterrichtsversorgung plus Bildungsbonus

696 Unseren Schulen fehlen Lehrkräfte. Den Sparkurs an unseren Schulen von Schwarz-Gelb
 697 haben wir darum 2012 beendet. Auch künftig wird unser Schwerpunkt auf einer
 698 besseren Ausstattung der Schulen und höherer Qualität liegen.

699 Bei der Unterrichtsversorgung haben wir uns von 95 Prozent auf inzwischen 98
 700 Prozent vorgearbeitet. Alle Schulen brauchen eine 100-prozentige Versorgung, einige
 701 darüber hinaus mehr Personal: Schulen unterscheiden sich bei der Zusammensetzung
 702 der Schüler*innenschaft stark. Wir wollen vor allem Schulen einen "Bildungsbonus"
 703 geben, die vielen Kindern und Jugendlichen mit Lern- und Lebensschwierigkeiten
 704 Rückenwind geben. Es gilt, multiprofessionelle Teams einzusetzen, die etwa aus
 705 Lehrkräften, Sozialarbeiter*innen, Psycholog*innen bestehen, Entlastungsstunden für
 706 Schulleitungen und Lehrkräfte an diesen Standorten zu ermöglichen und so eine
 707 Personalausstattung von mehr als 100 Prozent zu erreichen.

708 Wir haben die Schulsozialarbeit und die Schulassistenz an Grundschulen mit jeweils
 709 mehr als 13 Millionen Euro jährlich aufgestockt. Den schulpsychologischen Dienst
 710 wollen wir ebenfalls weiterentwickeln.

711 Die Anzahl der Ganztagschulen ist weiter gestiegen. Jetzt gilt es die Qualität zu
712 verbessern. Viele Angebote entsprechen nicht unseren Anforderungen an ganztägige
713 Bildung und Betreuung. Eine bessere Verzahnung der Ganztagsangebote mit
714 außerschulischen Organisationen und Einrichtungen ist erforderlich. Die
715 Zusammenführung von Hort und Ganztagschule in zukünftiger Verantwortung der
716 Schulen darf nicht zum Qualitätsverlust im Ganztagsangebot führen. Unser Ziel
717 bleibt, dass alle Schulen zu gebundenen, also verbindlichen und gebührenfreien
718 Ganztagschulen werden.

719 Qualitätsverbesserungen statt Strukturdebatten – Personalentwicklung fördern

720 Seit dem Jahr 2007 gibt es eine neue Schulstruktur im Land. Das System aus
721 Gemeinschaftsschulen, Gymnasien und Beruflichen Schulen hat sich bewährt. Der
722 Standard G8 an Gymnasien und G9 an Gemeinschaftsschulen und Beruflichen Gymnasien
723 ist allgemein akzeptiert. In der laufenden Legislaturperiode haben wir nach einem
724 Bildungsdialog mit vielen Akteur*innen behutsam nachgesteuert. Wir sind uns
725 bewusst, dass die Schulen Ruhe wollen, um an Schulkultur und Unterrichtsmethoden
726 weiterarbeiten zu können. Darum halten wir uns mit neuen Bestimmungen und
727 Pflichtenforderungen zurück. Es wird keine Veränderung der Schulstruktur geben.

728 Unsere Aufgabe wird es vielmehr sein, Rahmenbedingungen zu gestalten, die an den
729 Schulen Freiräume für gemeinschaftliche Initiativen und Entwicklungen lassen. Wir
730 unterstützen alle Schulen dabei, ihren Beitrag zu gesellschaftlichen Aufgaben, vor
731 allem der Inklusion und der Integration von Geflüchteten, zu leisten.

732
733 Wir werden die Ausgaben für Fortbildung erhöhen und den systematischen Einstieg in
734 die Supervision (Beratung und Hilfe) von Lehrkräften und Schulleitungen prüfen.

735 Wir werden uns für variable Arbeitszeitmodelle einsetzen und in einigen
736 Modellschulen Erfahrungen damit sammeln. Ziel ist es, multiprofessionellen Teams
737 Freiräume zu schaffen, Zeit für Koordinierungsaufgaben zu gewinnen und
738 Arbeitsspitzen abzumildern.

739 Der Schulleitung kommt eine wichtige Rolle bei der Sicherstellung der Schulqualität
740 zu. Schulleitung ist ein eigenes Berufsfeld – auf die komplexen Managementaufgaben
741 sind viele Lehrer*innen nicht vorbereitet. Wir halten die Einführung einer
742 systematischen Personalentwicklung und ein Spezialprogramm für künftige
743 Führungskräfte in Schulen für unerlässlich. Dafür soll Vielfalt, z.B. ethische und
744 soziale Herkunft, Religion und Weltanschauung, Alter, Behinderung, Geschlecht oder
745 sexuelle Identität berücksichtigt werden.

746 Auch Schulen sind lernende Systeme. Darum wollen wir mehr Schulen die Chance auf
747 ein „Schul-Feedback“ geben und sie in ihrer Entwicklung mit zielgerichteten
748 Maßnahmen unterstützen. Schüler*innen und Eltern können aufschlussreiches Feedback
749 geben, deswegen sind sie in diesen Prozess einzubinden.

750
751 Wir wollen Kreativität und projektebezogene Gruppenarbeit stärker fördern.
752 Entrepreneurship gehört in unsere Schulen. Deshalb wollen wir neue
753 fächerübergreifende Gründungsinitiativen, wie beispielsweise der [Young Economic](#)
754 [Summit](#) (YES!) der Schüler:innen Informations- und Medienkompetenz,
755 Verantwortlichkeit und ökonomische Bildung vermittelt. oder die Social
756 Entrepreneurship Initiative SEEd. Solche Projekte stärker unterstützen.

757 Kollidierender Änderungsantrag: [LTW 3.114: LTW-Programm - GERECHT](#)

758 Auch Schulen sind lernende Systeme. Darum wollen wir mehr Schulen die Chance auf
759 ein „Schul-Feedback“ geben und sie in ihrer Entwicklung mit zielgerichteten
760 Maßnahmen unterstützen. Schüler*innen können aufschlussreiches Feedback geben,
761 deswegen sind sie in diesen Prozess einzubinden. Wir werden eine*n
762 Schulbeauftragten schaffen. Ziel soll eine unabhängige Anlaufstelle für Konflikte
763 sein. Sowohl Lehrer*innen, als auch Schüler*innen sollen sich so abseits der
764 vorhandenen Maßnahmen, wie etwa der Dienstaufsichtsbeschwerde, Unterstützung suchen
765 können.

766 Inklusion verwirklichen

767 Inklusion bedeutet Teilhabe und Förderung.

768 Zur Inklusion verpflichtet der Artikel 24 der UN-Behindertenkonvention die Politik.
769 „Anfang September legte der UN-Fachauschuss einen Kommentar („General comment“) zur
770 Umsetzung der UN-Behindertenkonvention vor. Dessen Kernbotschaft ist eindeutig:
771 Inklusive Bildung schließt ausdrücklich das Recht auf Nicht-Segregation ein.
772 Inklusive Bildung ist das Recht des Kindes. Die Eltern haben sich in der
773 Wahrnehmung ihrer Verantwortung an dem Recht des Kindes auszurichten. Und: Das
774 Nebeneinander von zwei System – einem segregierten Sonderschulsystem und einem
775 Regelschulsystem – ist mit dem Anspruch auf Inklusion nicht vereinbar.“(1)

776 Daraus ergibt sich die politische Zielsetzung spätestens im Laufe des kommenden
777 Jahrzehnts dieses unzulässige Nebeneinander zu beenden. Natürlich brauchen wir bis
778 dahin für Kinder mit Handicap, die noch in Förderzentren lernen, eine bessere
779 Versorgung. Darum wollen wir die Qualifizierung der Lehrkräfte an den Regelschulen
780 vorantreiben, mehr Förderlehrkräfte und weiteres pädagogisches Fachpersonal, damit
781 alle Kinder gute Bedingungen haben.

782 Das Land wird die erforderliche Umgestaltung von Regelschulen massiv mit
783 Investitionsanreizen unterstützen.

784 Inklusion braucht Unterstützung. Damit alle Kinder individuelle Lernunterstützung
785 in Anspruch nehmen können, sind mehr Förderlehrkräfte und weiteres pädagogisches
786 Fachpersonal einzustellen. Mit den von uns in dieser Legislatur bereits
787 geschaffenen zusätzlichen Stellen für Förderlehrkräfte sowie rund 600
788 Schulassistent*innen an Grundschulen haben wir einiges erreicht. Künftig geht es
789 darum, die Mittel von Schulbegleitung und Schulassistenz im Sinne der Schule und
790 der Verlässlichkeit für die betroffenen Familien besser zu verzahnen.

791 Inklusion kann nicht nach der neunten Klasse enden. Gemeinsam mit Schulen und
792 Wirtschaft sowie mit Jugendberufsagenturen werden wir nach besseren Möglichkeiten
793 suchen, die inklusive Struktur auch in der beruflichen Bildung im Land auszubauen.

794 Das Land wird die Kooperation von Regelschulen und Förderzentren mit
795 Investitionsanreizen unterstützen. Bauliche Veränderungen sollen auch die
796 gemeinsame Planung und Gestaltung des Unterrichts verbessern. Die Zusammenarbeit
797 von Fach- und Förderlehrkräften, Schulsozialarbeitern und Schulassistent*innen, von
798 Ganztagspersonal und Schulbegleiter*innen wird so erleichtert und wirkungsvoller.

799 Zu Kindern und Jugendlichen mit besonderen Bedürfnissen zählen auch Hochbegabte.
800 Wir begrüßen die bereits angelaufenen Projekte an unseren Schulen und werden sie
801 weiter fördern – als wichtigen Beitrag für Vielfalt an Schulen.

802 Kinder und Jugendliche aus aller Welt sind willkommen an unseren Schulen

803 Ohne die engagierte Arbeit unserer Schulen wird Integration nicht gelingen. Mehr
804 als 700 Lehrer*innenstellen sind bislang geschaffen worden, weitere werden folgen,
805 um allen Kindern und Jugendlichen in Schleswig-Holstein einen guten Bildungsstart
806 zu ermöglichen. Die Arbeit in DaZ-Vorbereitungsklassen (Deutsch als Zweitsprache)
807 braucht einen eigenen Ansatz. Wir setzen uns dafür ein, die besondere Kompetenz von
808 Lehrkräften zu nutzen, die selber Geflüchtete sind oder waren. Diese Lehrer*innen
809 brauchen ein spezielles Einstiegs- und Traineeprogramm, um mit unseren
810 pädagogischen Standards erfolgreich arbeiten zu können. Solange noch nicht
811 ausreichend mehrsprachige Lehrkräfte an Schleswig-Holsteinischen Schulen zur
812 Verfügung stehen, soll der Dolmetscherpool des IQSH, der bislang nur den DaZ-
813 Zentren zur Verfügung steht, für den Abruf aller Schulen geöffnet werden. Nicht
814 alle Kinder Neuzugewanderter lernen an DaZ-Zentren. Für Elterngespräche und
815 Beratung werden insbesondere auch an Förderzentren kompetente Dolmetscher*innen
816 benötigt, um aufzuklären und zu vermitteln.

817 Schule muss sich jede*r leisten können

818 Wir leben in einem der reichsten Länder der Welt, aber auch bei uns kommen Kinder
819 ohne Frühstück zur Schule. Nicht alle Kinder können sich das Mensaessen oder
820 Klassenfahrten leisten. Kein Kind darf aus Geldsorgen vom Schulleben ausgeschlossen
821 sein.

822 Wir werden einen Sozialfonds auflegen, der es finanziell benachteiligten
823 Schüler*innen ermöglicht, gleichberechtigt an Bildungsangeboten teilzuhaben. Dazu
824 gehören die Teilnahme an Klassenfahrten, Zuschüsse zum Essen, Kosten für benötigte
825 Lernmittel und IT-Ausstattung, die viele Kinder und Jugendliche sowie ihre Eltern
826 oftmals vor große finanzielle Schwierigkeiten stellen.

827 Schule muss Wege offen halten

828 Schüler*innen aus problembelasteten Familien stehen beim Schulbesuch oft vor
829 besonderen Herausforderungen, die sich in der Pubertät oft potenzieren –
830 ausgerechnet wenn der erste oder der mittlere Schulabschluss ansteht. Kinder und
831 vor allem Jugendliche, die nach Deutschland geflüchtet sind, können oft in den
832 wenigen Jahren bis bei ihnen der Schulabschluss ansteht, nicht die deutsche Sprache
833 lernen und gleichzeitig die Leistungen abrufen, die ihnen eigentlich möglich wären.
834 Um diesen jungen Erwachsenen eine echte Chance auf einen Schulabschluss zu
835 ermöglichen, setzen wir uns für eine Förderung solcher Programme ein – auch
836 jenseits von Schul- und Berufsschulpflicht. Zudem setzen wir uns dafür ein, dass
837 Eltern, die nicht in der Lage sind, ihren Kindern ausreichend im Schulalltag zu
838 helfen, mehr Unterstützung erfahren.

839 Demokratie und Vielfalt wagen

840 Demokratie, Vielfalt und Selbstbestimmung müssen früh erlernt werden. Wir wollen
841 Kinder von Beginn an mitbestimmen lassen, etwa durch altersgerechte
842 Feedbackformate. Angemessene Demokratieprojekte sollen in den Kitas und allen
843 Schulformen ein festes Angebot sein, damit Kinder und Jugendliche die Vielfalt der
844 Gesellschaft, unterschiedliche Lebensentwürfe und die Pluralität von Meinungen
845 schätzen lernen. Wir werden Projekte unterstützen, die das Ziel einer kritischen
846 Reflektion von Geschlechterrollen unter Jugendlichen haben.

847 Politische Bildung ist, gerade in Zeiten erstarkender rechtspopulistischer
848 Parteien, für das Mitwirken an demokratischen Prozessen und das Gelingen von
849 Demokratie unverzichtbar. Deshalb wollen wir das Thema politische Bildung und

850 Demokratiebildung an den Schulen in allen Jahrgängen verankern. Der
851 Landesbeauftragte für politische Bildung spielt dabei eine hervorgehobene Rolle. Er
852 hat mit Angeboten für Jugendliche – wie „jung und wählerisch“ und mit den
853 „Demokratietagen“ – gemeinsam mit Schulen richtungsweisende Formate entwickelt, die
854 durch neue Projekte und Unterrichtsmodule auszubauen sind, welche auch besonders
855 für junge Schüler*innen, die Auseinandersetzung mit politischer Bildung ermöglichen
856 sollen. Dafür bedarf es einer besseren Finanzierung des Landesbeauftragten für
857 politische Bildung um eine noch bessere Ausgestaltung seiner Arbeit zu ermöglichen.

858 Gesunde Schule

859 Viele Kinder, Jugendliche und Erwachsene verbringen viel Zeit in der Schule. Wir
860 sorgen uns um den Krankheitsstand bei Lehrkräften und um Kindern und Jugendlichen,
861 die in der Schule mehr Stress erleben, als ihnen gut tut. Wir werden die
862 vielfältigen Ursachen für Stress im Schulleben genau untersuchen und Maßnahmen
863 dagegen vorschlagen. Den Bildungsdialog werden wir fortführen und das Thema
864 „Gesunde Schule“ in den Mittelpunkt stellen. Zur „Gesunden Schule“ gehört auch die
865 Verpflegung mit ausgewogenen und nahrhaften Lebensmitteln, die zudem aus der Region
866 kommen und dem Saisonangebot entsprechen.

867 Nur was man kennt, schützt man auch“ - Umwelt- und Nachhaltigkeitsbildung stärken

868 Wir werden die schulische und außerschulische Umweltbildung im Sinne der Bildung
869 für nachhaltige Entwicklung (BNE) stärken - auch mit Angeboten für Erwachsene.
870 Naturkenntnis, das Wissen um ökologische Zusammenhänge der Land- und
871 Meereslebensräume, globale Entwicklungen und um Auswirkungen des eigenen Handelns
872 sehen wir als bedeutende Schlüsselkompetenzen an. Gerade junge Menschen wollen wir
873 stärker befähigen ihre Zukunft aktiv mitzugestalten.

874 Wir werden die engagierten Vereine und Verbände im Land stärker unterstützen und
875 dabei insbesondere auch die kleinen, aktiven Jugendverbände besser fördern.

876 Neben der Erweiterung von entsprechenden Angeboten für angehende Lehrer*innen in
877 der Ausbildung wollen wir dem Naturerleben in Kitas und Schulen durch
878 Unterrichtseinheiten im Gelände eine höhere Bedeutung einräumen.

879 Außerdem wollen wir Kinder und Jugendliche durch neue digitale Angebote für Natur
880 und ihre Umwelt begeistern. Dazu werden wir prüfen, wie ein landesweites Netzwerk
881 aus Museen, Umweltzentren und Jugendverbänden aufgebaut werden kann.

882 Schwimmen lernen

883 Jede*r zweite junge Schleswig-Holsteiner*in lernt nicht mehr schwimmen. In vielen
884 Schulen ist qualifizierter Schwimmunterricht auf Grund fehlender Schwimmstätten
885 nicht möglich. Wir wollen ein Programm auflegen, damit alle Kinder schon in der
886 Grundschule schwimmen lernen können. Wir unterstützen die Kommunen beim Erhalt
887 ihrer öffentlichen Bäder und Schwimmsportstätten.

888 Religionsunterricht gehört dazu

889 Unsere Schulen sind Orte der Vielfalt. Das sollte sich noch stärker bei den
890 Angeboten zu Religionsunterricht und Ethik zeigen. Wenn wir die Vielfalt ernst
891 nehmen, müssen wir auch in diesem Bereich Angebote schaffen. Solange die
892 christlichen Kirchen, denen der konfessionelle Religionsunterricht zugesichert ist,
893 keinen konfessionsübergreifenden Unterricht wie in Hamburg anstreben, müssen wir
894 gleichberechtigt auch andere Angebote schaffen. Dazu gehört mehr staatlicher

895 Islamunterricht durch Lehrer*innen, die an deutschen Hochschulen für den Unterricht
896 von Kindern muslimischen Glaubens ausgebildet sind.

897 Die Schule im Dorf lassen

898 Kleinen Grundschulen haben wir es ermöglicht, dass sie im Dorf bleiben können.
899 Weiterhin gilt: Kurze Beine – kurze Wege. Aber die Schüler*innenzahlen sinken auch
900 an einigen weiterführenden Schulen. Hier gilt das Argument der kurzen Beine nicht,
901 vielmehr liegt ein Schwerpunkt auf einem fachlichen und vielfältigen Angebot. Zwar
902 haben wir auch dort die Mindestgröße auf 240 Schüler*innen gesenkt, aber so nicht
903 alle Probleme gelöst.

904 Wir wollen, dass es auch im ländlichen Raum erreichbare Angebote für die
905 Sekundarstufe gibt und sehr lange Fahrtwege für Schüler*innen vermieden werden.

906 Es ist ein Landesausschuss einzurichten, in dem ein- bis zweimal pro Jahr
907 kreisübergreifend und frühzeitig über Schwierigkeiten aufgrund der demografischen
908 Entwicklung beraten werden kann.

909 Gemeinschaftsschulen mit praktischer Orientierung entwickeln

910 Unsere Gemeinschaftsschulen sind vielfältig: Sie öffnen Schüler*innen den Weg zu
911 allen Schulabschlüssen. Ob mit oder ohne eigene Oberstufe: Sie ebnen für viele
912 Jugendliche den Weg bis zum Abitur. Viele Gemeinschaftsschulen haben zudem
913 eine besondere Praxisorientierung. Mit der Stärkung von Flex- und Praxisklassen,
914 der Kooperation mit Werkstätten der beruflichen Schulen und Unternehmen, mit
915 Schüler*innenfirmen und einem anspruchsvollen Technikprofil können diese Schulen
916 punkten. Wir streben an, Gemeinschaftsschulen "ohne Oberstufe" zu unterstützen,
917 wenn sie sich zu Gemeinschaftsschulen "mit praktischer Orientierung" entwickeln
918 wollen. Dabei spielen Coaches, die Jugendlichen in den Schulen frühzeitig und
919 individuell beruflich beraten, eine wichtige Rolle. Wir setzen auf Lernen in der
920 Praxis und individuelle Begleitung. Die entsprechenden Maßnahmen wollen wir
921 verstärken, um auch die Schulabbrecher*innenquote zu senken.

922 Freie Schulen sind unsere Partner mit frischen Ideen

923 In den vergangenen Jahren haben wir die Förderung von Schulen in freier
924 Trägerschaft auf eine neue Grundlage gestellt und erstmals seit dem Jahr 2000
925 spürbar verbessert sowie der tatsächlichen Kostenentwicklung angepasst. Schulen in
926 freier Trägerschaft sind eine Bereicherung unserer Schullandschaft. Etliche
927 Kolleg*innen aus öffentlichen Schulen hospitierten dort. Viele Ideen werden in
928 Schulen freier Trägerschaft ausprobiert und gehen im öffentlichen Bereich in Serie.

929 Wir wollen die Rahmenbedingungen auch in den freien Schulen weiter verbessern,
930 damit sie sich leichter den Aufgaben von Inklusion und der Integration von
931 Flüchtlingen widmen können.

932 Aus- und Weiterbildung unserer Lehrer*innen besser gestalten

933 Gerade weil das Lehramt anspruchsvoll ist, haben wir die Lehrkräfteausbildung
934 modernisiert und wollen nun prüfen, wie wir an unseren Hochschulen Eignungstests
935 für Lehramtsstudierende einführen können. Die Testergebnisse sollen nicht bindend
936 sein, den Studierenden aber Hinweise zur Studienwahl geben.
937 Mit uns wird es keine Rückabwicklung des Lehrkräftebildungsgesetzes geben. Wir
938 wollen die sich in Umsetzung befindlichen Lehramtskonzepte an unseren Hochschulen

939 weiter unterstützen. Dies gilt insbesondere für die Umsetzung des Praxissemesters
940 und den Weiterbildungsmaster für Sekundarstufe I-Lehrkräfte.

941 Die Weiterbildung unserer Lehrkräfte wollen wir ausbauen, auch um in Mangelfächern
942 Engpässen vorzubauen. Wir werden durch Aufbaustudiengänge Lehrkräften und
943 Absolvent*innen der Kombistudiengänge der Europa-Universität Flensburg ermöglichen,
944 sich für die Sekundarstufe II zu qualifizieren. Es sind weitere Maßnahmen gegen den
945 Lehrkräftemangel auf den Weg zu bringen. Vor allem Schulleitungen im ländlichen
946 Raum brauchen unsere Unterstützung. Wir wollen Menschen mit ausländischer
947 Qualifikation den Weg in die deutschen Schulen ebnen und einen
948 Sondereinstellungskorridor für Lehrkräfte in Mangelfächern eröffnen.

949 Eigenständigkeit erwünscht

950 Auch künftig sollen Schulen über ihre pädagogischen Methoden weitgehend selbst
951 entscheiden. Jede Lehrkraft tickt anders, deshalb ist Autonomie wichtig. Es obliegt
952 den Schulen, ob z.B. eine Grundschule die Abschlusszeugnisse notenfrei gestaltet
953 oder nicht, mit welcher Schule kooperiert wird, welche Profile angeboten werden, ob
954 jahrgangsübergreifend gearbeitet wird und wie der Umgang mit digitalen Medien zu
955 integrieren ist. Zur Autonomie gehören Standards, die umzusetzen sind,
956 bedarfsgerechte Evaluationen und Maßnahmen zur Qualitätssicherung. Weder die
957 Autonomie, noch das Qualitätsmanagement dürfen – wie in der Vergangenheit geschehen
958 – zu unangemessenem Mehraufwand in den Schulkollegien führen.

959 Schulentwicklungsplanung für die Metropolregion Hamburg verwirklichen

960 Wir haben große Fortschritte in Richtung einer freien Schulwahl in der
961 Metropolregion Hamburg gemacht und das Gastschulabkommen abgeschlossen. In der
962 kommenden Wahlperiode wollen wir die Kooperation mit Hamburg intensivieren. Ziel
963 bleibt eine gemeinsame Schulentwicklungsplanung mit Hamburg für den Hamburger Rand
964 - auch im beruflichen Bereich. Anzustreben ist eine möglichst freie Schulwahl in
965 der Metropolregion, was für viele dort lebende Familien eine große Erleichterung
966 bedeutet. Wir werden prüfen, wie die kreisübergreifende Schulentwicklungsplanung
967 verbessert werden kann.

968 Lernen@Digital

969 Der freie Zugang zu Wissen ist eine Chance für mehr Bildungsgerechtigkeit. Um diese
970 Chance nutzen zu können, ist zunächst Wissen um den richtigen Umgang mit den Neuen
971 Medien notwendig. Medienkompetenz ist längst eine Schlüsselqualifikation. Moderne
972 Schulen brauchen zeitgemäße Methoden und digitales Lernen gehört heute unbedingt
973 dazu. Auf diesem Weg wollen wir die Schulen unterstützen und begleiten, u.a. durch
974 Ergänzungen in der Lehrer*innenaus- und -fortbildung, im Vorbereitungsdienst und
975 mit außerschulischen Partnern.

976 Wir werden mit den kommunalen Spitzenverbänden und Schulträgern nach Lösungen
977 suchen, wie die IT-Infrastruktur auf einen landesweit vergleichbaren, hohen
978 Standard gebracht werden kann. Die Wartung der Hard- und Software kann nicht – wie
979 an einigen Schulen noch üblich – engagierten Lehrer*innen und Schüler*innen
980 zugemutet werden. Dies ist die Aufgabe qualifizierter Schultechniker*innen. Für
981 finanzschwache Schüler*innen brauchen wir Angebote, damit nicht der Geldbeutel über
982 die Teilhabe entscheidet.

983 Das Internet bietet einfachen Zugang zu Fakten und Wissen – das Lernen entwickelt
984 sich weiter. Interdisziplinäre Medienbildung und Informatikunterricht müssen
985 obligatorisch für alle Schüler*innen an weiterführenden Schulen werden. Um das zu

986 leisten, sind zügig Lehrkräfte aus- und fortzubilden und die technischen
 987 Möglichkeiten an den Schulen zu fördern. Internetzugang muss an allen Schulen in
 988 Schleswig-Holstein für alle Schüler*innen möglich sein. Die Vermittlung digitaler
 989 Kompetenz darf aber nicht einfach „On Top“ zu den bisherigen Curricula (Lehrplänen)
 990 gelegt werden.

991 Die Idee eines „Medialogbuchs“ zur Dokumentation erworbener Medienkompetenz, wie
 992 vom Offenen Kanal SH vorgeschlagen, finden wir sinnvoll. Wir werden die Umsetzung
 993 an den Schulen prüfen.

994 Schleswig-Holstein braucht eine Landesstrategie für Open Educational Resources
 995 (frei zugängliche Lehrmaterialien).

996 Auf den Punkt

- 997 • Wir werden dafür sorgen, dass alle Schulen 100 Prozent Unterricht geben
 998 können und den "Bildungsbonus" einführen,
- 999 • weitere Maßnahmen zur Verbesserung der Unterrichtsqualität ergreifen,
- 1000 • mehr pädagogisches Fachpersonal für Inklusion einstellen und
 1001 Integrationsangebote ausbauen,
- 1002 • dafür eintreten, dass finanzielle Hindernisse Zuhause nicht zur
 1003 Bildungsbremse werden,
- 1004 • Umwelt- und Nachhaltigkeitsbildung in Schulen und durch aktive Vereine
 1005 stärken und uns für "Gesunde Schulen" einsetzen,
- 1006 • Ganztagsangebote ausbauen und Schulen im ländlichen Raum stärken,
- 1007 • für mehr altersgerechte Demokratie und Vielfalt an Schulen sorgen,
- 1008 • Schulen Freiraum und Ruhe geben, damit vor Ort an der Schulqualität
 1009 gearbeitet werden kann,
- 1010 • digitales Lernen fördern.

1011 Berufliche Bildung / Beim direkten Weg von der Schule in die
 1012 Ausbildung dürfen wir keinen Jugendlichen zurücklassen

1013 Unser Ziel ist es, die Zahl der Jugendlichen deutlich zu erhöhen, die direkt nach
 1014 der Schule eine Ausbildung beginnen. Ausbildungsvorbereitende Maßnahmen wollen wir
 1015 zu ausbildungsqualifizierenden Bausteinen umbauen. Wir werden einen jährlichen
 1016 Projekttag der Gewerkschaften an Beruflichen Schulen einrichten. Ziel der
 1017 Projekttag soll neben der Vermittlung von Wissen über Arbeitnehmer*innenrechten
 1018 auch die Darstellung der Geschichte und Rollen deutscher Gewerkschaften sein.

1019 Berufs- und Studienorientierung intensivieren

1020 Die Berufs- und Studienorientierung (BSO) an allgemeinbildenden Schulen verstärken
 1021 wir und bauen die Kooperation zu Berufsschulen sowie Regionalen Bildungszentren
 1022 (RBZ) aus. Berufsschullehrkräfte haben durch den engen Kontakt mit Betrieben und
 1023 Innungen einen größeren Überblick über Ausbildungsberufe und Ausbildungssituation

1024 als viele Lehrkräfte an allgemeinbildenden Schulen. Deshalb prüfen wir, wie
 1025 Berufsschullehrkräfte die allgemeinbildenden Schulen in der Berufsorientierung
 1026 unterstützen können.

1027 Ausbildungsgarantie für alle Jugendlichen einführen

1028 Immer noch befinden sich jährlich mehr als 7.000 Jugendliche in
 1029 ausbildungsvorbereitenden Maßnahmen. Hier besteht Handlungsbedarf für Politik und
 1030 Sozialpartner. Wir brauchen ein qualifizierendes, aufeinander aufbauendes System
 1031 für Jugendliche, die nach der Schule keinen Ausbildungsplatz bekommen. Wir wollen
 1032 das Konzept der Ausbildungsgarantie in Schleswig-Holstein umsetzen. Damit bekommt
 1033 jede*r Jugendliche die Chance auf einen Ausbildungsplatz im Betrieb oder
 1034 betriebsnah in den beruflichen Schulen beziehungsweise bei freien Trägern.

1035 Azubirechte verankern

1036 Die Ausbildungsreport des DGB zeigt regelmäßig Mängel in den Ausbildungsberufen
 1037 auf. Fehlende Ausbildungspläne, immer häufigere und regelmäßige Überstunden sowie
 1038 schlechte Bezahlung sind in vielen Ausbildungsberufen ein Problem. Wir Grüne setzen
 1039 uns für Mindestausbildungsvergütungen und wirksame Kontrollen der
 1040 Ausbildungsbetriebe ein. Ähnlich wie für Studierende fordern wir für Azubis ein
 1041 preisgünstiges Azubiticket.

1042 Dem Fachkräftemangel an beruflichen Schulen entgegenwirken - Modellstudiengänge
 1043 einrichten

1044 Auch an den berufsbildenden Schulen wollen wir eine Unterrichtsversorgung von 100
 1045 Prozent erreichen. Um den Lehrkräftebedarf an beruflichen Schulen zu decken, vor
 1046 allem im gewerblich-technischen Bereich, brauchen wir neue Einstiegsmodelle. Dazu
 1047 werden wir modellhaft Masterstudiengänge einrichten und Konzepte mit dem
 1048 Landeseminar Berufliche Bildung sowie dem Berufsbildungsinstitut Arbeit und
 1049 Technik an der Europa-Universität Flensburg entwickeln.

1050 Jugendberufsagenturen im ganzen Land etablieren

1051 Wir haben erreicht, dass in fünf Modellregionen in Schleswig-Holstein
 1052 Jugendberufsagenturen eingerichtet werden und haben dafür 200.000 Euro
 1053 bereitgestellt. Ein Anfang ist gemacht, weitere Kreise und kreisfreie Städte wollen
 1054 dieses Konzept umsetzen. Wir werden die flächendeckende Einführung von
 1055 Jugendberufsagenturen unterstützen. Sie bieten die Chance, dass viele Jugendliche
 1056 durch intensive Beratung und Begleitung an einem Ort den direkten Weg von der
 1057 Schule in die Ausbildung finden.

1058 RBZ und berufliche Schulen unterstützen die Integration von Geflüchteten

1059 Berufliche Schulen und Regionale Berufsbildungszentren (RBZ) übernehmen wichtige
 1060 Arbeit bei der Integration von jungen Flüchtlingen. Sie begleiten die Migrant*innen
 1061 zu Beginn in Sprachklassen, danach auf ihrem Weg in Ausbildung und Beruf –
 1062 unabhängig von der Herkunft. Für diese Aufgabe haben wir zusätzliche Ressourcen
 1063 bereitgestellt. Wir wollen die Möglichkeiten der Kooperation mit freien Trägern und
 1064 der Bundesagentur für Arbeit jetzt erweitern, um jungen Flüchtlingen über 18 Jahren
 1065 Sprachunterricht und Ausbildungsvorbereitung zu eröffnen. Das für alle leisten zu
 1066 können, braucht zusätzliche Mittel des Bundes, um das für alle leisten zu können,
 1067 braucht es zusätzliche Mittel des Bundes und eine schulrechtliche Regelung, die es
 1068 Geflüchteten über 18 Jahre ermöglicht, eine Berufsschule zu besuchen.

1069 Berufliche Bildung stärken – Kräfte bündeln in einem Schleswig-Holsteinischen
 1070 Institut für berufliche Bildung (SHIBB)

1071 In Schleswig-Holstein besuchen mehr als 90.000 Schüler*innen Berufsbildende Schulen
 1072 in unterschiedlichen Bildungsgängen. Diese Institutionen spielen eine wichtige
 1073 Rolle beim Übergang von der Schule in den Beruf, bei der Berufsausbildung (duale
 1074 und vollzeitschulische Berufsausbildungen), beim Erreichen des Abiturs und in der
 1075 beruflichen Weiterbildung. Wir werden die berufliche Bildung an den Schulen sowie
 1076 die Aus- und Fortbildung der Berufsschullehrkräfte stärken. Dazu brauchen wir die
 1077 Bündelung der Ressourcen aus den verschiedenen Ministerien und dem Landesseminar im
 1078 fachlichen und personellen Bereich sowie die Einbindung von Sozialpartnern und
 1079 Schulträgern. Die Gründung eines eigenständigen Schleswig-Holsteinischen
 1080 Landesinstituts für Berufliche Bildung (SHIBB) haben wir bereits angestoßen.

1081 RBZ-Prozess voran bringen

1082 Die beruflichen Schulen müssen flexibel auf neue Herausforderungen reagieren, z.B.
 1083 mit Sprachklassen und einer Ausbildungsvorbereitung für Flüchtlinge, über
 1084 Veränderungen in den Ausbildungsberufen und mit Angeboten für Fort- und
 1085 Weiterbildung. Die Struktur ist als Anstalt öffentlichen Rechts dafür optimal, da
 1086 sie regionale Berufsbildungszentren autonomer macht.

1087 Auf den Punkt

- 1088 • Wir werden Jugendberufsagenturen flächendeckend aufbauen,
- 1089 • dem Fachkräftemangel an Beruflichen Schulen begegnen,
- 1090 • ein Schleswig-Holsteinisches Institut für Berufliche Bildung (SHIBB)
 1091 etablieren,
- 1092 • allen Jugendlichen Ausbildung anbieten.

1093 Hochschulen / Wir fördern unsere Leuchttürme des Wissens

1094 Für unsere Hochschulen haben wir viel erreicht. Während in der schwarz-gelben
 1095 Regierungszeit Kürzungen und Dialogverweigerung auf der Tagesordnung standen, geht
 1096 es mit der Küstenkoalition für die Hochschulen voran. Wir GRÜNE waren treibende
 1097 Kraft bei den Reformen in der Hochschulpolitik und der Verbesserung der
 1098 finanziellen Lage unserer Hochschulen.

1099 Immer mehr junge Menschen studieren z.B. in Elmshorn, Flensburg, Heide, Kiel und
 1100 Lübeck. Davon profitieren Städte und Umland. Von den Hochschulen kommen starke
 1101 Impulse für Zukunftsgestaltung in Schleswig-Holstein. Wir wollen die
 1102 Hochschulfinanzierung kontinuierlich verbessern um auch im Bundesvergleich weiter
 1103 aufzuholen und den Aufbau innovativer Studiengänge zu ermöglichen.

1104 Schleswig-Holstein befindet sich auf dem Weg, ein Wissenschaftsland mit
 1105 Alleinstellungsmerkmalen zu werden. Statt großer Gesetzesnovellierungen werden wir
 1106 an konkreten Projekten mit den Hochschulen daran arbeiten, ihre Profile weiter zu
 1107 stärken. Kooperationsprojekte untereinander und mit anderen Wissenschafts- und
 1108 Forschungseinrichtungen im norddeutschen Raum haben Priorität.

1109 Mehr Ressourcen für unsere Hochschulen bereitstellen

- 1110 Wir GRÜNE unterstützen den Ausbau der Hochschulen auch über den doppelten
1111 Abiturjahrgang und das Studierendenplateau 2019 hinaus.
- 1112 Wir haben mit einem anwachsenden Finanzierungsmodell die Grundhaushalte der
1113 Hochschulen gestärkt sowie die Finanzierung des Hochschulpakts III mit rund 240
1114 Millionen Euro und dessen Verstetigung nach 2020 zugesagt. In der nächsten
1115 Wahlperiode werden wir die beschlossenen Maßnahmen zur Stärkung der universitären
1116 Grundhaushalte umsetzen. Wir wollen unsere Hochschulen weiter finanziell stärken um
1117 die Unterfinanzierung der Hochschulen im bundesweiten Vergleich weiter abzubauen
1118 und innovative Studiengänge auf den Weg bringen zu können. . Besonders haben wir
1119 die Verbesserung der Betreuungsrelation in den Studiengängen im Blick. Kleine und
1120 "exotische" Fächer nehmen für uns eine hervorgehobene Position in der
1121 differenzierten Hochschullandschaft ein und liegen uns sehr am Herzen.
- 1122 Wir stellen die Mittel zur Sanierung der in die Jahre gekommenen Gebäude bereit.
1123 Die Küstenkoalition hat die Mittel für Hochschulen spürbar aufgestockt.
- 1124 Viele Rahmenbedingungen in der Hochschulpolitik liegen in der Verantwortung des
1125 Bundes. Wir wollen einerseits unsere Hochschulen bei der Bewerbung in bundesweiten
1126 Wettbewerben unterstützen, beispielsweise bei der Exzellenzstrategie und den Pakten
1127 für Innovations- und Nachwuchsförderung, andererseits politische Initiativen auf
1128 Bundesebene entwickeln.
- 1129 Faire Beschäftigung und Vereinbarkeit fördern
- 1130 Der Bund muss nach dem Wegfall des Kooperationsverbots für den Wissenschaftsbereich
1131 stärker in die Grundfinanzierung aller Hochschulen einsteigen und die notwendigen
1132 Infrastrukturen des Wissens über ein Bundesprogramm fördern.
- 1133 Durch die Reform des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes ist der Rahmen für bessere
1134 Arbeitsbedingungen mit weniger Kettenverträgen für junge Wissenschaftler*innen
1135 besser geworden. Wir wollen durch weitere Reformen im Bund die prekäre
1136 Beschäftigungssituation des wissenschaftlichen Mittelbaus weiter angehen. Wir
1137 werden darauf achten, dass sich die Hochschulen Verhaltenskodizes für gute
1138 Beschäftigungsverhältnisse insbesondere für befristet Beschäftigte geben.
- 1139 Gleichzeitig werden wir die Gleichstellung von Frauen an der Hochschule
1140 vorantreiben und die Berufung von mehr Professorinnen unterstützen. Dazu gehört
1141 auch, die Vereinbarkeit von Forschung, Lehre und Familie weiter zu verbessern und
1142 familienfreundliche Rahmenbedingungen bereits für das Studium sowie die Promotion
1143 und Habilitation zu schaffen.
- 1144 Fundament stützen – soziale Infrastruktur ausbauen
- 1145 Die soziale Infrastruktur mit Beratungs- und Kulturangeboten, Mensen und Wohnheimen
1146 ist zentrales Element für ein gerechtes Hochschulstudium. Das Studentenwerk leistet
1147 dazu wichtige Arbeit. Wir haben das Studentenwerk in den vergangenen Jahren durch
1148 Bauprojekte und beim Personal gestärkt. Uns ist aber bewusst, dass wir bei den
1149 Beratungsangeboten und der Schaffung von günstigem Wohnraum weitere Hausaufgaben zu
1150 erledigen haben. Neben eigenen Initiativen erwarten wir vom Bund, soziale
1151 Infrastruktur endlich als Teil des Hochschulpakts zu realisieren. Wir sehen mit
1152 Sorge, dass finanzielle Probleme und unzureichende soziale Absicherung, Stress,
1153 Wohnraumnot, Mobilitätsbedürfnisse, sanierungsbedürftige Hochschulen und der Druck,
1154 digital voll ausgerüstet zu sein, für die Studierenden extreme Herausforderungen
1155 darstellen und die Anforderungen im Studium selbst überlagern.

1156 Gemeinsam mit den Hochschulstädten müssen die Initiativen für mehr günstigen
 1157 Wohnraum ausgebaut werden. Das Studentenwerk Schleswig-Holstein ist dabei unser
 1158 Partner und wird von uns unterstützt. Wir begünstigen den Bau integrierter
 1159 Wohnheime auf den Hochschulcampi. Studentisches Wohnen wird mit Unterkünften für
 1160 Geflüchtete kombiniert.

1161 Unbestritten muss das BAföG reformiert werden und sollte mittelfristig in ein
 1162 elternunabhängiges Bildungseinkommen nach Vorbild der dänischen
 1163 Ausbildungsförderung (Statens Uddannelsesstøtte) umgewandelt werden.
 1164 Stubiengebühren lehnen wir weiterhin ab.

1165 Um die umweltfreundliche und bezahlbare Mobilität der Studierenden und
 1166 Kooperationen zwischen den Hochschulen zu ermöglichen, setzen wir uns in
 1167 Verhandlungen mit den Verkehrsbetrieben für ein landesweites Semesterticket zu
 1168 günstigen Konditionen für die Studierenden ein. Die Finanzierung erfolgt aus den
 1169 Gemeindeverkehrsfinanzierungsmitteln des Landes.

1170 Nachhaltigkeit, Klimaschutz und innovative Ideen fördern

1171 An unseren Hochschulen und Forschungseinrichtungen gibt es viele Projekte, die sich
 1172 mit Klimaschutz, regenerativer Energie und Nachhaltigkeit beschäftigen. Bereiche,
 1173 die nicht im Kieler GEOMAR abgedeckt werden können, wollen wir in einem
 1174 Forschungsverbund stärker zusammenführen und unterstützen: Ein
 1175 klimawissenschaftlicher und ökologischer Forschungsverbund, der über die Grenzen
 1176 unseres Bundeslandes hinaus Erkenntnisse und Ideen liefert.

1177 Darüber hinaus werden wir unsere Hochschulen unterstützen, Nachhaltigkeit zum
 1178 Leitmotiv ihrer Arbeit zu machen. Dies soll insbesondere durch die Förderung
 1179 interdisziplinärer Projekte geschehen, in denen Natur- und Kulturwissenschaftler
 1180 gemeinsam forschen und lehren und starke Akzente setzen. Unsere Hochschulen müssen
 1181 gerade im Bereich der Nachhaltigkeit ihrer gesellschaftlichen Verantwortung gerecht
 1182 werden. Hier wurden bereits von den Projekten "Yooweedoo" und "Zukunftsmacher"
 1183 Zeichen gesetzt.

1184 Dasselbe gilt auch für wirtschaftswissenschaftliche Studiengänge, die wir anregen
 1185 wollen, ihr jetziges Angebot um Ansätze, die Mensch und Umwelt in den Mittelpunkt
 1186 stellen, zu ergänzen.

1187 Wir werden Anreize schaffen, damit die Hochschulen neue innovative Studiengänge
 1188 entwickeln. Das würde Schleswig-Holstein noch attraktiver für Studierende machen.

1189 Hochschule und Wissenschaft haben Vorbildcharakter in vielen gesellschaftlichen
 1190 Bereichen, auch bei der Bekämpfung des Klimawandels. An den Hochschulen im Land
 1191 arbeiten und studieren viele tausend Menschen. Die Christian-Albrechts-Universität
 1192 zu Kiel hat bereits ein Konzept erarbeitet, wie sie bis 2030 eine klimaneutrale
 1193 Hochschule wird. Wir wollen mit allen Hochschulen und den jeweiligen
 1194 Hochschulstädten in der nächsten Wahlperiode Konzepte erarbeiten und auf
 1195 bestehenden aufbauen.

1196 Schleswig-Holstein hat exzellente außeruniversitäre Forschungseinrichtungen, die in
 1197 weiten Teilen gut mit den Hochschulen kooperieren. Im bundesweiten Vergleich sind
 1198 es aber noch zu wenig. Wir setzen uns dafür ein, dass in der kommenden Wahlperiode
 1199 unter Beteiligung von Bund und Ländern mehr außeruniversitäre
 1200 Forschungseinrichtungen in unser Land kommen. Die Diskussionen über ein Zentrum auf

1201 dem Kieler Campus oder zum grenzüberschreitenden Energiezentrum auf dem Flensburger
1202 Campus unterstützen wir.

1203 Hochschulen und Startups zusammenbringen

1204 Unsere Hochschulen sind Keimzellen für neue Ideen. Bereits jetzt entstehen welche,
1205 die zu Ausgründungen führen. Studierende machen sich mit innovativen Projekten
1206 selbstständig. Wir wollen Gründerzentren an allen Hochschulcampi im Land ausbauen
1207 und stärken.

1208 Es gilt, die Wirtschaftsförderung des Landes stärker auf Nachhaltigkeit und
1209 Innovation auszurichten.

1210 Gemeinsam mit Gründungszentren, Wirtschaftsverbänden, Handelskammern, Hochschulen
1211 und Startups wollen wir ein Gründerstipendium entwickeln, mit dem Gründer*innen in
1212 skandinavischen und baltischen Ländern Erfahrungen sammeln können.

1213 Gerade sozial-ökologische Ausgründungen mit, nachhaltigen Geschäftsideen werden wir
1214 im Rahmen der bestehenden Wirtschaftsförderung beim Übergang von der Hochschule in
1215 die Geschäftswelt unterstützen. Das gilt auch für den weiteren Ausbau des
1216 Technologietransfers zwischen Hochschulen und Wirtschaft.

1217 Individuelle Beratung und Verbesserung der Studienqualität

1218 Hohe Abbruchquoten von Studierenden, Verschulung der Lehre und der gleichzeitige
1219 Wunsch nach kritischer Bildung mit stärkerer und schnellerer Berufsqualifizierung –
1220 die Erwartungen an gute Lehre und ein qualitativ anspruchsvolles Studium gehen weit
1221 auseinander.

1222 Wir GRÜNE wollen im Konsens mit den Hochschulen die Studieneingangsphase durch das
1223 Erproben unterschiedlicher Modelle wie etwa dem "Studium Generale" fortentwickeln.
1224 So können Studierende interdisziplinär Kompetenzen erlangen und sich im ersten
1225 Studienjahr umfassend orientieren.

1226 Wir wollen die Studierenden bei ihrer Studienwahl und im Studienverlauf durch neue
1227 Instrumente und eine passgenaue Studienberatung stärker unterstützen. Der "Numerus
1228 Clausus" als zentrales Element der Zulassungsbeschränkung muss weiter durch die
1229 Entwicklung von Alternativen pro Studiengang ergänzt werden. Um Studierende bei
1230 ihrer Studienentscheidung und bei eventuellen Studienwechseln besser zu begleiten,
1231 setzen wir uns für eine Stärkung der Studienberatungen ein.

1232 Bereits bestehende Instrumente zur Orientierung, wie ein Probestudium parallel zum
1233 Freiwilligendienst, der Arbeit oder der Oberstufe, werden wir auf alle Hochschulen
1234 im Land ausweiten.

1235 Innovative, kompetenzorientierte Lehr- und Prüfungsangebote sind zu fördern. Dabei
1236 ist besonders die Betreuungsrelation zwischen Lehrenden und Lernenden zu
1237 verbessern.

1238 Wir unterstützen die Hochschulen dabei, auch sieben- bis achtsemestrige Bachelor-
1239 Studiengänge anzubieten und setzen uns für eine Flexibilisierung der jetzigen
1240 Obergrenze von zehn Semestern für einzelne Studiengänge ein.

1241 Promotionen für FH-Absolvent*innen ermöglichen, Qualifikationen und Abschlüsse
1242 anerkennen

1243 Mit dem in der vergangenen Legislaturperiode geschaffenen Promotionskolleg haben
 1244 wir die Grundlage für Promotionen an Fachhochschulen gelegt. Dieses Instrument
 1245 wollen wir gemeinsam mit Fachhochschulen und Universitäten überprüfen und
 1246 fortentwickeln, damit es noch genauer zur Situation in forschungsstarken
 1247 Fachbereichen an Fachhochschulen passt, ohne die starke Stellung der Universitäten
 1248 zu schwächen.

1249 Wir werden Geflüchtete mit Hochschulzugangsberechtigung unterstützen, ein Studium
 1250 bei uns im Land aufzunehmen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass ein Studium
 1251 künftig als Grund für eine sogenannte "Umverteilung" anerkannt wird. Wir werden
 1252 eine Bundesratsinitiative auf den Weg bringen, so dass Geflüchtete nach drei
 1253 Monaten Aufenthalt in Deutschland Leistungen nach dem
 1254 Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) erhalten können, wenn sie eine
 1255 Einschreibung in die Hochschule geschafft haben. Die vielen erfolgreichen Projekte
 1256 an unseren Hochschulen werden wir weiterhin finanziell fördern.

1257 Wer als Geflüchtete*r mit Qualifikationen nach Deutschland kommt, soll sie auch
 1258 nutzen können. Dabei sind Fähigkeiten wichtiger als Papiere. Wir brauchen eine
 1259 frühzeitige Erkennung von beruflichen Kompetenzen der Migrant*innen und einen
 1260 gerechten Zugang zu Bildungsangeboten. Die Unterstützung bei der Berufssuche kann
 1261 aber nicht nach dem ersten Profiling abgeschlossen sein, da Geflüchtete ihre
 1262 beruflichen Qualifikationen, Wünsche und Ausbildungsziele mitunter erst besser
 1263 darlegen können, wenn sie sich sozial und mental stabilisiert haben.

1264 Vielfalt und Weltoffenheit gehört an unsere Hochschulen

1265 Bildungsaufsteiger*innen, Menschen mit Migrationshintergrund, Menschen mit
 1266 Behinderung, Ältere, Flüchtlinge und LGBTQI-Menschen (Lesbian, Gay, Bi, Trans,
 1267 Queer, Inter) sind in den vergangenen Jahren in den Fokus unserer Hochschulen
 1268 gekommen. Für alle soll an unseren Hochschulen Platz sein. Diskriminierungen im
 1269 Alltag wollen wir weiterhin entschieden begegnen und Förderprogramme, spezielle
 1270 Aufnahmetests und Beratungsangebote ausbauen.

1271 Wir unterstützen Deutschkurse für Geflüchtete und Qualifizierungsangebote für
 1272 bislang benachteiligte Gruppen weiterhin finanziell.

1273 Das ursprünglich geplante Konzept von Erstaufnahmen an den Hochschulstandorten soll
 1274 im Sinne von Integrationshäusern verfolgt werden. Mit Landesunterstützung ist dort
 1275 Wohnraum insbesondere für Zugezogene und Studierende zu schaffen.

1276 Auch eine stärkere Internationalisierung der Hochschulen steht auf unserer Agenda,
 1277 etwa mit Auslandssemestern für Studierende, internationalen
 1278 Wissenschaftskooperationen, mehrsprachigen Studienangeboten und dem Ausbau
 1279 grenzüberschreitender Studiengänge.

1280 Mitbestimmung und Partizipation sind Grundlage für mehr Autonomie

1281 Wir GRÜNE wollen den Hochschulen mehr Autonomie geben. Wir werden weiterhin an
 1282 einer gut ausgestalteten, auf die Hochschulen und ihre Aufgaben zugeschnittenen
 1283 paritätischen Mitbestimmung arbeiten – für alle Statusgruppen (Professor*innen,
 1284 Studierende, wissenschaftliche Mitarbeiter*innen, technisch-administrative
 1285 Mitarbeiter*innen)

1286 In dieser Wahlperiode haben wir begonnen, die Zielvereinbarungen von
 1287 Überregulierungen zu befreien. Es gibt keine jährlichen Berichtspflichten mehr. Den

1288 Hochschulen ist mehr Autonomie beim Bau ermöglicht. Wir wollen den
 1289 Hochschulleitungen und Personalräten mehr Luft zum Atmen geben, indem wir ihnen
 1290 mehr Freiheit bei der Personalplanung einräumen.

1291 Kooperationsverbot abschaffen

1292 Der Bildungsföderalismus hat sich nicht bewährt – er führt oft zu Kleinstaaterei.
 1293 Die im Grundgesetz geforderte Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse ist aufgrund
 1294 der unterschiedlichen Finanzkraft der Länder bislang nicht erreicht. Es gilt, das
 1295 Kooperationsverbot aufzuheben, um dem Bund finanzielle und inhaltliche Mitwirkung
 1296 an den Bildungsaufgaben zu erlauben.

1297 Lernen – ein Leben lang

1298 Angebote zur persönlichen, beruflichen, wissenschaftlichen und kulturellen
 1299 Weiterbildung sind als vierte Säule im Bildungssystem ein wichtiger Bestandteil der
 1300 Bildungslandschaft. Die Weiterbildungsträger und Hochschulen in Schleswig-Holstein
 1301 bieten mit vielfältigen Kursen, Seminaren und Studiengängen umfassende
 1302 Möglichkeiten zur Qualifizierung. Um passgenaue Angebote zu finden, ist eine
 1303 individuelle, trägerunabhängige Beratung wichtig.

1304 Mit der gesetzlich verankerten Möglichkeit zur Bildungsfreistellung sowie dem
 1305 Weiterbildungsbonus gibt es schon heute eine gute Basis für Angebote der
 1306 allgemeinen, kulturellen und beruflichen Weiterbildung. Diese Maßnahmen
 1307 unterstützen wir GRÜNE weiterhin. Wir wollen mehr Arbeitnehmer*innen und Firmen für
 1308 das Angebot der Bildungsfreistellung gewinnen und werden mit den Akteur*innen
 1309 (Unternehmen, Träger und Mitarbeiter*innen, Selbstständige) Konzepte erarbeiten,
 1310 wie dies gelingen kann.

1311 Volkshochschulen und Bibliotheken ergänzen die Weiterbildungslandschaft, sind mit
 1312 ihrem breiten Angebot wichtige Partner in der Weiterbildung und in allen Regionen
 1313 des Landes verankert. Wir wollen ihre Finanzierung sichern und die
 1314 Weiterentwicklung zu digitalen Knotenpunkten unterstützen. Nutzer*innen finden hier
 1315 freies WLAN und Angebote zur Fortbildung mit digitalen Medien. Sie werden zu
 1316 zentralen Orten der Kommunikation, von Zusammenarbeit und Bildung, wie es in
 1317 unserem Nachbarland Dänemark bereits vielerorts vollzogen ist. Durch ihr Engagement
 1318 bei den Sprach- und Integrationskursen tragen sie zudem maßgeblich zur Integration
 1319 der Flüchtlinge bei.

1320 14 Prozent unserer Bevölkerung können nicht ausreichend Lesen und Schreiben.
 1321 Außerdem gibt es Bedarf an Angeboten, um Schulabschlüsse auch jenseits der
 1322 Altersgrenze von 18 Jahren nachzuholen. Uns ist ein umfassendes Angebot an
 1323 Grundbildungskursen wichtig. Deshalb wollen wir prüfen, wie wir die Angebote
 1324 bedarfsgerecht gestalten können.

1325 Hochschule@Digital

1326 Moderne Hochschulen müssen auch bei der Digitalisierung Taktgeber für die
 1327 Gesellschaft sein. Digitalisierung bietet enorme Möglichkeiten des Austausches, der
 1328 Informationsgewinnung und -aufbereitung und ein hohes Potenzial für die weitere
 1329 Optimierung der Lehre. Selbstverständlich bleibt der persönliche Austausch
 1330 weiterhin für wissenschaftliche Diskurse wichtig. Voraussetzung ist der freie
 1331 Zugang zu Literatur und Forschungsergebnissen. Öffentlich finanzierte Forschung
 1332 soll für alle zugänglich sein. Deshalb unterstützen wir die Open-Access-Strategie
 1333 (offener Zugang zu wissenschaftlicher Literatur) der Landesregierung, die gemeinsam

1334 mit Hochschulen und Wissenschaftsbibliotheken entwickelt worden ist. Sie muss in
1335 der kommenden Legislaturperiode weiter ausgebaut werden.

1336 Für Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen wollen wir ein landesweites
1337 Wissenschaftsnetz entwickeln. Die Rechenzentren der Hochschulen und
1338 Forschungseinrichtungen sind zu verbinden.

1339 Im Zeitalter von Globalisierung und Digitalisierung können und wollen viele
1340 Studierende ihre Lernmodule weltweit zusammenstellen. Die Hochschulen müssen daher
1341 neue Richtlinien zur gegenseitigen Anerkennung von Studienleistungen entwickeln.

1342 Online-Literatur, Online-Kurse und Flipped-Classroom-Angebote können Bibliothek und
1343 Hörsaal als klassische Lernforen ergänzen, jedoch nicht ersetzen. Am Ende könnte
1344 der physische Standort der Hochschule immer weniger von Bedeutung sein. Dieser
1345 Trend setzt Ressourcen für bessere und individuellere Betreuung der Studierenden
1346 frei.

1347 Bei diesen absehbaren Entwicklungen werden wir die Hochschulen gezielt unterstützen
1348 und über die Zielvereinbarungen auffordern, die Auswirkungen der Digitalisierung
1349 auf alle Fachbereiche zu überprüfen. Um sich auf die Herausforderungen der
1350 Digitalisierung einzustellen, reicht die Forderung nach zusätzlichen Mitteln nicht
1351 aus.

1352 Auf den Punkt

- 1353 • Wir werden unsere Hochschulen finanziell weiter stärken,
- 1354 • mit den Hochschulen ein landesweites Wissenschaftsnetz entwickeln,
- 1355 • sozial nachhaltige Ausgründungen unterstützen,
- 1356 • innovative Studiengänge fördern
- 1357 • das landesweite Semesterticket umsetzen,
- 1358 • uns für eine vollständige Abschaffung des Kooperationsverbots auf Bundesebene
1359 einsetzen,
- 1360 • Angebote für lebenslanges Lernen weiterentwickeln und fördern.

1361 Finanzen / Gute Haushaltsführung ist eine Frage der
1362 Gerechtigkeit, kluger Entscheidungen und Ausgabendisziplin

1363 Maßstab für grüne Finanzpolitik ist die Generationengerechtigkeit. Immer mehr
1364 Schulden einfach an die nächste Generation weiter zu reichen, stellt keine
1365 tragfähige Lösung dar. Aber der Begriff Schulden umfasst mehr als nur
1366 Haushaltszahlen. Eine einseitige Haushaltskonsolidierung, die zukünftige Haushalte
1367 und Generationen durch fehlende Bildung, schlechte Daseinsvorsorge oder marode
1368 Infrastruktur belastet und in dieser Form Schulden ansammelt, ist keine
1369 Alternative. Sie gefährdet die Zukunftsfähigkeit unseres Landes und spaltet die
1370 Gesellschaft.

1371 Schleswig-Holstein ist auf dem Weg der Haushaltskonsolidierung gut voran gekommen.
1372 Während im Jahr 2010 noch rund 1,3 Milliarden Euro neue Schulden aufgehäuft wurden
1373 haben wir für 2017 einen strukturell ausgeglichenen Haushalt auf den Weg gebracht.

1374 Wir haben einen neuen Titel „Schuldentilgung“ in den Haushalt aufgenommen und
 1375 planen für 2017 Schulden in Höhe von 47 Millionen Euro zurückzuzahlen. Schon 2013
 1376 wie 2015 war es uns im Vollzug gelungen am Jahresende Haushaltsüberschüsse zu
 1377 erwirtschaften. Wir wollen auch zukünftig ohne neue Schulden auskommen.

1378 Es ist uns gelungen, als erste Landesregierung seit Jahrzehnten, Schulden abzubauen
 1379 und gleichzeitig in Bildung, Klimaschutz und Infrastruktur zu investieren. Nur wer
 1380 sich um gute Bildung kümmert und unsere Infrastruktur nicht verfallen lässt,
 1381 handelt nachhaltig und generationengerecht.

1382 Mit IMPULS unsere Infrastruktur sanieren

1383 Zum ersten Mal haben wir eine ehrliche Bestandsaufnahme über den Sanierungsbedarf
 1384 der Landesinfrastruktur vorgenommen und einen Abbauplan auch für diese Schulden
 1385 vorgelegt. Mit unserem Infrastruktur-Sanierungsprogramm IMPULS haben wir zudem die
 1386 notwendige rechtliche Grundlage geschaffen, dass künftig Haushaltsüberschüsse zur
 1387 Sanierung der Infrastruktur eingesetzt werden können.

1388 Erstmals fließen 2016/17 insgesamt 100 Millionen aus dem Haushaltsüberschuss des
 1389 Jahres 2015 in die Sanierung unserer Infrastruktur. Ab dem Jahr 2018 sollen es 150
 1390 Millionen pro Jahr sein. Eine solide Finanzplanung, die gute Konjunktur und
 1391 niedrige Zinsen sind eine gute Grundlage, um die finanziellen Herausforderungen
 1392 auch in den nächsten Jahren zu meistern.

1393 Soziale Daseinsvorsorge stärken – Kita, Schule, Wohnen, Kultur

1394 Wir wissen, dass es noch viel zu tun gibt. Wir GRÜNE wollen die soziale Spaltung in
 1395 unserem Land überwinden, Integration ermöglichen und den gesellschaftlichen
 1396 Zusammenhalt neu organisieren. Dazu gehören gute soziale Daseinsvorsorge, Teilhabe,
 1397 Investitionen in den Bildungsbereich und in den Wohnungsbau.

1398 Wir versprechen nicht zu viel

1399 Wir orientieren unsere Ausgaben an den Realitäten. Es ist klar, dass die
 1400 Haushaltskonsolidierung auch in den nächsten Jahren eine eindeutige
 1401 Schwerpunktsetzung erfordert. Wir GRÜNE nehmen diese Herausforderung an. Unser
 1402 Wahlprogramm verspricht nicht mehr, als wir halten können. Zinsen können steigen
 1403 und Steuereinnahmen sinken. Wir stellen uns darauf ein, dass unsere Ziele auch in
 1404 den kommenden Jahren nur schrittweise umzusetzen sind.

1405 Schädliche Subventionen abbauen

1406 Wir wollen die Finanzpolitik stärker an ökologischen Kriterien wie Ressourcenschutz
 1407 oder Vermeidung von CO₂-Emissionen orientieren. Um insbesondere ökologisch
 1408 schädliche Subventionen abzubauen, haben wir einen Subventionsbericht auf den Weg
 1409 gebracht. Eine transparente und regelmäßige Berichterstattung soll es uns
 1410 ermöglichen, die im Rahmen der Haushaltskonsolidierung und der ökologischen
 1411 Modernisierung notwendigen Schritte einzuleiten.

1412 Steuergerechtigkeit herstellen, Steuerverwaltung personell stärken

1413 Der Staat hat momentan kein Einnahmedefizit. Angesichts der hohen
 1414 Haushaltsüberschüsse geht es nicht darum, dass der Staat insgesamt mehr Geld
 1415 einnimmt. Wir sehen aber ein Gerechtigkeitsdefizit – und das in mehrfacher
 1416 Hinsicht: Finanzgewinne werden geringer besteuert als Arbeit. Die Armen werden
 1417 ärmer und die Reichen reicher. Aber auch die sehr Reichen gehören zur Gesellschaft

1418 und müssen sich entsprechend an der Finanzierung des Gemeinwesens beteiligen. Wir
 1419 werden uns deshalb im Bundesrat dafür einsetzen, Steuerhinterziehung stärker zu
 1420 bekämpfen, Steuerschlupflöcher konsequenter zu schließen und sehr hohe Vermögen,
 1421 Finanzgewinne und Erbschaften angemessen zu besteuern. Selbstverständlich legen wir
 1422 dabei besonderen Wert auf den Erhalt von Arbeitsplätzen und die Sicherung der
 1423 Innovationskraft von Unternehmen.

1424 Zur Bekämpfung von Steuerhinterziehung gehört für uns auch, dass die Kompetenzen
 1425 der Europäischen Union und des Bundes, sowie die personellen Ressourcen gestärkt
 1426 werden. Für eine echte Stärkung der Kompetenzen auf dem europäischen Level muss ein
 1427 stärkerer Souveränitätstransfer in einigen Politikfeldern stattfinden. Ohne eine
 1428 effizient aufgestellte Steuerverwaltung werden wir Steuergerechtigkeit nicht
 1429 herstellen können. Als ersten Schritt schlagen wir vor, große international tätige
 1430 Unternehmen in die Steuerverantwortung des Bundes zu überführen.

1431 Für eine gerechte Unternehmensbesteuerung und eine Finanztransaktionssteuer
 1432 Die Verhinderung von Steuerflucht lässt sich längst nicht mehr allein auf
 1433 nationaler Ebene lösen. Wir brauchen ein europaweit einheitliches Vorgehen nach
 1434 einem klaren Regelwerk sowie eine verstärkte internationale Zusammenarbeit. Unser
 1435 Ziel bleibt eine gerechte Unternehmensbesteuerung. Eine Finanztransaktionssteuer
 1436 kann als Instrument der Krisenprävention zur Stabilität der Finanzmärkte
 1437 beitragen.“

1438 Soli neu verteilen und Altschuldentilgungsfonds errichten

1439 Wir werden uns dafür einsetzen, dass die freien Mittel des Solidaritätszuschlags,
 1440 die der Bund aktuell nicht mehr zur Finanzierung der neuen Länder benötigt, nicht
 1441 dem Bundeshaushalt zufließen, sondern allen Bundesländern und den Kommunen für die
 1442 Finanzierung von Zukunftsaufgaben, insbesondere im Bildungsbereich, zur Verfügung
 1443 stehen. Gleichzeitig müssen Länder und Kommunen in die Lage versetzt werden, die
 1444 Last der Altschulden zu bewältigen. Für uns GRÜNE ist dafür ein
 1445 Altschuldentilgungsfonds die beste Lösung. Hier sehen wir den Bund in der Pflicht,
 1446 entsprechende Mittel bereitzustellen – z.B. durch Verlängerung oder Neuauflage
 1447 eines zweckgebundenen, befristeten Solidaritätszuschlages.

1448 Verantwortungsgemeinschaft von Bund, Ländern und Kommunen für die Integration

1449 Die humanitäre Aufgabe der Aufnahme von Geflüchteten, einschließlich der dafür
 1450 notwendigen Integrationsarbeit, erfordert eine finanzielle
 1451 Verantwortungsgemeinschaft von Bund, Ländern und Kommunen. Wer heute nicht in
 1452 Integration investiert, ist für hohe soziale Folgekosten verantwortlich. Wir werden
 1453 uns dafür einsetzen, dass für die Integration der Geflüchteten ausreichend Mittel
 1454 zur Verfügung gestellt werden und unseren Beitrag dazu leisten.

1455 Mehr Personal für Bildung und öffentliche Sicherheit

1456 Grundlage der Konsolidierungspolitik des Landes ist der im Jahr 2010 beschlossene
 1457 Personalabbaupfad. In dieser Legislaturperiode haben wir in etwa so viele Stellen
 1458 auf- wie abgebaut, um den Bedarf in Schulen, bei Polizei und Justiz sowie der
 1459 Versorgung von Geflüchteten zu bewältigen. Für die nächste Legislaturperiode ist es
 1460 unser Ziel, die Bildung weiter zu stärken.

1461 Haushaltsüberschüsse für Tilgung und Infrastruktur

1462 Wir werden weiterhin Haushaltsüberschüsse nutzen, um in unsere Infrastruktur zu
 1463 investieren und Altschulden abzubauen. Eine 50:50-Aufteilung in Schuldenabbau und
 1464 Investitionen ist für uns die Leitlinie.

1465 Wir werden die begonnene Sanierung unserer Infrastruktur fortsetzen. Das schlüssige
 1466 Gesamtkonzept der Landesregierung, welches weit über die Legislaturperiode
 1467 hinausgeht, ist eine gute Grundlage, um den Sanierungsstau des Landes planbar und
 1468 verlässlich abzubauen. Es gilt, das Infrastruktursanierungsprogramm IMPULS zu
 1469 nutzen, um Krankenhäuser, Hochschulen und Straßen zu sanieren, Energiesparmaßnahmen
 1470 in den landeseigenen Liegenschaften umzusetzen und unser Land auf das neue digitale
 1471 Zeitalter vorzubereiten.

1472 Fair mit unseren Kommunen umgehen

1473 Wir werden unsere Kommunen fair behandeln. Bei neuen Herausforderungen sind
 1474 gemeinsam und dialogorientiert Lösungen zu suchen. Ob U3-Betreuung (Kinder unter
 1475 drei Jahren), Schulsozialarbeit, Stärkung kommunaler Infrastruktur, kommunaler
 1476 Finanzausgleich oder Grunderwerbssteuer: Mit unseren Beschlüssen haben wir
 1477 kommunale Finanzen und Daseinsvorsorge gestärkt und gerechter gemacht.

1478 Wir werden gemeinsam mit den Kommunen darüber beraten wie hoch verschuldete
 1479 Kommunen auf dem Weg der Haushaltskonsolidierungen auch nach dem Auslaufen des
 1480 bisherigen Konsolidierungshilfe weiter finanziell unterstützt werden können

1481

1482 Sparkassen fit für die Zukunft machen

1483 Am Finanzmarkt werden regionale Akteure benötigt, die anders wirtschaften als die
 1484 globalen Investmentbanken und dem Gemeinwohl verpflichtet sind. Insbesondere die
 1485 Sparkassen zeichnen sich durch ihre regionale Struktur und die direkte Beratung
 1486 aus. Dieses Modell wollen wir erhalten. Wir sind uns gleichzeitig bewusst, dass die
 1487 Sparkassen in Zeiten der Niedrigzinsphase vor Herausforderungen wie Digitalisierung
 1488 und erhöhten Eigenkapitalanforderungen stehen.

1489

1490 Wir werden die Sparkassen darin unterstützen, ihren öffentlichen Auftrag ins
 1491 Zentrum ihrer Arbeit zu rücken. Dazu gehören eine ausreichende Versorgung aller
 1492 Bevölkerungskreise, der Wirtschaft, insbesondere des Mittelstands, und der
 1493 öffentlichen Hand mit geld- und kreditwirtschaftlichen Leistungen auch in der
 1494 Fläche ebenso wie ein Beratungsangebot für private Anleger*innen bei nachhaltigen
 1495 Finanzprodukten. Wir wollen das Ziel des nachhaltigen Wirtschaftens stärken und
 1496 gemeinsam mit den Sparkassen geeignete Instrumente entwickeln, wie zum Beispiel
 1497 Nachhaltigkeitsberichte und eine Verankerung dieses Ziels im Sparkassengesetz.

1498 Schwere Erblast HSH Nordbank

1499 Auch wenn es schwer erträglich ist, dass die Steuerzahler*innen in den nächsten
 1500 Jahren für die Fehler der Bank aufkommen müssen, können wir uns dieser Erblast
 1501 nicht entziehen. Wir werden die Entscheidung der Europäischen Kommission, die HSH
 1502 Nordbank 2018 zu verkaufen bzw. abzuwickeln, konsequent umsetzen und damit einen
 1503 Schlussstrich ziehen.

1504 Die Steuerzahler*innen werden für die Verluste der Bank viel bezahlen müssen. Das
 1505 ist bitter. Wir erwarten deshalb, dass die HSH Nordbank stets verantwortungsvoll
 1506 agiert. Schließlich geht es um das Vermögen des Landes. Jedes Handeln muss
 1507 transparent wirtschaftlich begründet sein. Dies schließt auch die Politik ein.
 1508 Zukünftige Landesregierungen müssen ebenfalls alle möglichen Verluste transparent
 1509 und ehrlich darstellen.

1510 Wir wissen, dass Personalabbau und die Schwächung des Kieler Standorts aus den
 1511 Umstrukturierungen der Bank folgen. Soweit es möglich ist, setzen wir und für
 1512 schonende Lösungen für die Beschäftigten und die Landeshauptstadt ein.

1513 Versorgungsfonds für Beamtenpensionen aufbauen

1514 Schleswig-Holstein hat neben rund 27 Milliarden Euro Schulden noch
 1515 Pensionsverpflichtungen in Höhe von rund 30 Milliarden Euro. Daher ist es
 1516 notwendig, Vorsorge zu treffen. Wir werden den von der Küstenkoalition
 1517 eingeführten, aktuell umzusetzenden Versorgungsfonds für die Beamtenversorgung
 1518 aufbauen und nachhaltig mit einer werterhaltenden Anlagestrategie ausgestalten.

1519 Divestment – keine Investition in fossile Energien

1520 In der vergangenen Legislatur hat sich die Landesregierung auf den Weg gemacht, bei
 1521 der Anlage von Geld eine Divestment-Strategie (das Gegenteil einer Investition) zu
 1522 verfolgen. Es werden keine Gelder mehr in Anlagen fossiler Energien angelegt. Diese
 1523 Strategie werden wir für den neuen Versorgungsfonds des Landes beibehalten. Alle
 1524 Geldanlagen müssen fest definierten sozialen und ökologischen Kriterien genügen und
 1525 einer guten Unternehmensführung entsprechen. Investitionen in Unternehmen, deren
 1526 Geschäftsmodell auf dem Abbau oder der Energieerzeugung mit nuklearen oder fossilen
 1527 Energieträgern (inklusive Erdgas-Fracking) beruht, sollen zurückgefahren werden.
 1528 Unser Ziel ist es, dass diese Technologien schnellstmöglich nicht mehr notwendig
 1529 sind. Auch bei Beteiligungen und Stiftungen muss das Land seinen Einfluss
 1530 entsprechend geltend machen.

1531 Haushaltsklarheit und Transparenz muss sein

1532 Wir GRÜNE setzen uns für Transparenz im Landeshaushalt ein. Der Haushalt soll für
 1533 alle nachvollziehbar sein und zukünftige Belastungen wie Investitionsanforderungen
 1534 so gut wie möglich abbilden. Dazu haben wir mit bedienungsfreundlichen, lesbaren
 1535 Textdokumenten im Internet oder auch mit unserem Infrastrukturbericht erste
 1536 Schritte in Form und Inhalt unternommen. Mittelfristig sollen alle Haushaltsdaten
 1537 als offene, maschinenlesbare Daten zur Verfügung stehen.

1538 Darüber hinaus wollen wir prüfen, wie mit einer Umstellung auf doppische
 1539 Haushaltsführung (doppelte Buchführung, ermöglicht Gewinn- und Verlustrechnung)
 1540 ohne hohe Umstellungskosten mehr Haushaltsklarheit gelingen kann. Ziel ist es,
 1541 direkt im Haushalt Investitionsanforderungen, Pensionslasten oder Verschleiß
 1542 transparent aufzuzeigen.

1543 ÖPP – aber nur in engen Grenzen

1544 Jede ÖPP-Maßnahme (Öffentlich-Private-Partnerschaft, Zusammenarbeit zwischen
 1545 öffentlicher Hand und privaten Unternehmen) muss auf ihre Folgekosten überprüft und
 1546 die Kosten müssen in die Finanzplanung aufgenommen werden. In der Finanzplanung ist
 1547 die finanzielle Verpflichtung aller ÖPP-Projekte transparent darzustellen und zu
 1548 prüfen, ob ÖPP die mittel- wie langfristig beste und kostengünstigste Variante ist.
 1549 Unser Ziel ist es, die Menge an ÖPP-Projekten möglichst gering zu halten. In der
 1550 Landesverfassung soll verankert werden, dass die Gesamtverpflichtung aus ÖPP-
 1551 Projekten nicht höher sein darf als zehn Prozent der jeweiligen Gesamtausgaben im
 1552 Landeshaushalt. Voraussetzung für jedes einzelne ÖPP-Projekt ist eine wirksame
 1553 parlamentarische Kontrolle und eine transparente öffentliche Darstellung von Anfang
 1554 an und über die gesamte Dauer des Projekts. Diese beinhaltet die Zustimmung des
 1555 Parlaments in der Sache und bei gravierenden Änderungen.

1556 Finanzen@Digitales

1557 Wir wollen den Einsatz von Finanzmitteln zukünftig stärker an der Herausforderung
 1558 der Digitalisierung orientieren. Dies betrifft sowohl die Landesverwaltung, als
 1559 auch die Bewilligung von Förderprojekten. Unser Vorhaben: das Antragsverfahren so
 1560 zu gestalten, dass die Digitalisierung zu Effizienzeffekten und Entbürokratisierung
 1561 führt. Davon profitieren auch die Wirtschaft und die Fördergeldempfänger des
 1562 Landes. Entsprechend den Transparenzbestrebungen für das Verwaltungshandeln wird
 1563 auch das Finanzhandeln des Landes transparent gemacht. Bürger*innen sollen sich
 1564 jederzeit im Internet über Finanztransaktionen, Gehälter von Führungskräften des
 1565 Landes etc. informieren können.

1566 Auf den Punkt

- 1567 • Wir werden die Schuldenbremse einhalten und die Haushaltskonsolidierung
 1568 fortsetzen,
- 1569 • vorrangig in Bildung und Klimaschutz investieren,
- 1570 • ausreichend Personal für Schule, Justiz und Polizei beschäftigen,
- 1571 • die Kommunen fair behandeln,
- 1572 • Haushaltsmittel nachhaltig anlegen (Divestment-Strategie),
- 1573 • die Digitalisierung in der Finanzverwaltung weiter ausbauen.